

vielleicht nur über die Abtug der Verfassung und über die parlamentarische Selbstzerlegung der Parteien kommen können. Sollte der Reichsanwalt sich wirklich noch heimlich damit tragen, bei einem Scheitern weiterer Einigungsverhandlungen die Finanzgesetze durch Notverordnung in Kraft zu setzen, so muß ihm in aller Deutlichkeit gesagt werden, daß dieser Weg für dieses Volk unmöglich ist. Die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Inanspruchnahme des Artikels 48 sind nicht vorhanden. Nach der Reichsverfassung ist die Regierung verpflichtet, die Gesetze durch das Parlament verabschieden zu lassen. Lehnt das Parlament die Deckungsvorteile ab, dann wird auch Dr. Brüning, sofern es ihm nicht gelingt, mit anderen gesetzlichen Mitteln den Fehlbetrag zu decken, daraus die Notwendigkeit seines Rücktritts folgern müssen. Erst wenn der erneute Versuch eines Mehrheitskabinetts scheitert, könnte der Reichspräsident den Reichstag nach Hause schicken und den Auflösungsminister mit der nötigen Vollmacht zur Balancierung des Reichshaushalts versehen."

Herr Brüning ist inzwischen den unzulässigen, gefährlichen und absurden Weg gegangen — mit Hilfe der Partei, deren Organ die „Kölnische Zeitung“ ist.

Die erschütterte Arbeitslosenversicherung

Bürgerblock nimmt weitere Verschlechterungen vor.

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstags hat am Mittwoch in 2. Lesung die Arbeitslosenversicherungsnovelle verabschiedet. Dabei haben die Regierungsparteien noch weitere Verschlechterungen vorgenommen. So verlieren die Jugendlichen unter 17 Jahren entgegen dem Beschluß der 1. Lesung künftig den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung. Eine weitere, besonders von Kaufhäuser (Sag.) bekämpfte Verschlechterung schaltet bei der Pflichtarbeit für die Jugendlichen den Verwaltungsausschuß aus. Damit wird jeder Mißbrauch von Pflichtarbeit ermöglicht.

Über die Sperrstrafen bei freiwilliger Arbeitsaufgabe entspann sich wiederum eine lange Debatte. Kaufhäuser (Sag.) verwies darauf, daß bereits in erster Lesung die Regierungsvorlage gefallen sei und nun wieder versucht werde, bei freiwilligem Arbeitswechsel die Arbeitslosenunterstützung bis zu sechs Wochen zu entziehen. Er verbot einen sozialdemokratischen Antrag, wonach bei dem Besuch von Schulen oder Kursen überhaupt keine Sperrstrafen verhängt werden dürfen. Es wurde schließlich ein Unterausschuß eingesetzt, der eine Formulierung über den Begriff „freiwilligen Ausscheidens“ suchen soll.

In der Abstimmung wurde die Verlängerung der Sperrstrafen auf sechs Wochen wiederum abgelehnt. Ein von Gerlach (Sag.) begründeter sozialdemokratischer Antrag, wonach § 98a auf versicherte Beurlaubte nicht angewandt werden darf, so daß dem Beurlaubten nach Beendigung der Beurlaubung in jedem Fall die Anwartschaft gesichert ist, wurde angenommen.

Der Koalitionszerfall in Bayern.

Wie lange Minderheitsregierung?

München, 16. Juli. (Eigenbericht)

Als Folge der Ablehnung der Schlachtsteuer im Landtag ist der Bayerische Bauernbund aus der bayerischen Regierungskoalition, in der er sich ununterbrochen seit 1919 befand, ausgetreten. Der Rücktritt des Landwirtschaftsministers Fehr, der als Reichstagsabgeordneter zur Zeit in Berlin weilte, ist allerdings noch nicht erfolgt.

Seinen Austritt aus der Koalition, der den beiden anderen Regierungsparteien am Mittwoch offiziell mitgeteilt wurde, begründet der Bauernbund damit, daß sich in der Frage der Abdeckung des Defizits des bayerischen Staatshaushalts zwischen den Koalitionsparteien grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über die Fortführung der bayerischen Politik ergeben hätten.

Die Regierung hebt aus Bayerischer Volkspartei und Deutschnationalen verfügt jetzt nur noch über 59 von 128 Stimmen im Landtag. Sie will aber, nach der Kündigung der „Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz“ als Minderheitsregierung zunächst weiter im Amt bleiben. Wie lange ihr das gelingt, ist im Augenblick nicht zu sagen. Die Entscheidung wird voraussichtlich im Zusammenhang mit der Beratung des Finanzgesetzes anläßlich der Verabschiedung des Gesamthaushalts am 1. August fallen.

Der Holsteiner Landvolkprozeß.

Die „Männer der Tat“ kneifen.

Ijehoe, 16. Juli. (Eigenbericht)

Am Ijehoeer Landvolkprozeß bestreiten die Angeklagten Hamtens, Wulf, Wesche usw. natürlich jegliche illegalen Absichten. Alle wissen von nichts mehr. Keiner will im Verlauf der Kundgebungen, die am 4. März 1929 planmäßig in den verschiedensten Orten Schleswig-Holsteins stattgefunden haben, etwa Vorschläge derart gemacht haben, ob die Steuern bezahlt werden sollten, oder ob man sich gegen Zwangsversteigerungen und Pfändungen der Milchgebeir wehren sollte. Niemand hat natürlich aufgefördert, die Steuerbescheide einzusammeln und sie den Finanzämtern in Säcken zurückzuschicken. Man will überhaupt gar keine Sätze gesehen haben. Kurz: alle „Männer der Tat“ kneifen. Sie wollen immer nur auf legalen Wege vorgegangen sein. Das Größte ist, daß sie sich immer wieder auf die Verfassung berufen.

Das gesprochene Wort kann man zwar bestreiten, nicht aber das Gedruckte. Da liegt z. B. ein Aufruf vor: „An das notleidende Volk!“, der im „Landvolk“ veröffentlicht wurde. Darin heißt es: „Geführt auf Artikel 1 der Reichsverfassung, wonach alle Gewalt vom Volke ausgeht“, die jetzt der „Rechtsstaat“ übertragen sei, erklärt man, der Verwaltungsapparat darf keine Anordnungen mehr an das Volk ergehen lassen. Verwaltungsorgane, die sich über den Befehl des Volkes (Vies: Landvolk) hinwegsetzen, werden in ihre Schranken verwiesen. (11). Steuerbescheide sind an das Rohlfischbüro einzusenden. Wir ordnen hiermit an, daß die Meiereien die Milchgebeir nur an die Verbraucher auszahlen (nicht an die Steuerbehörden) usw. Ferner schreiben die Herren an den Regierungspräsidenten und an andere Behörden: „Wir ordnen hiermit an, daß sich die Verwaltungsbehörden an uns zu wenden haben, wenn sie irgendwelche Anordnungen treffen wollen.“ In einem Briefe an die Landwirtschaftskammer in Kiel, in dem sich Hamtens über eine Pfändung beschwert, führt er aus: „Wir verbieten hierdurch, weiterhin Pfändungen vorzunehmen.“ Das alles sind sehr eindeutige Anmahungen und Aufreizungen zum Widerstand gegen die behördlichen Anordnungen. — Die Verhandlungen werden noch mehrere Tage dauern.

Stahlhelmverbot aufgehoben.

Der Stahlhelm gibt die geforderte Erklärung ab.

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: Im Verlauf des 16. Juli fand im Preussischen Ministerium des Innern mit bevollmächtigten Vertretern der Bundesleitung des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten, eine längere Besprechung statt. Hierbei wurde vom Preussischen Ministerium des Innern erneut den Vertretern des Stahlhelms dargelegt, daß die gewünschte Wiederaufnahme des Stahlhelms in den Provinzen Rheinland und Westfalen von einer eindeutigen Erklärung der Bundesleitung abhängig gemacht werden müßte, die eine bindende Zusage enthielt, daß in Zukunft Verstöße gegen bestehende Gesetze nicht mehr vorkommen würden.

In den Abendstunden des 16. Juli ging dann im Preussischen Ministerium des Innern die nachstehende Erklärung der Bundesführung des Stahlhelms, vom 1. Bundesführer Seidte und 2. Bundesführer Düsterberg gezeichnet, ein:

Erklärung.

1. Die Bundesführung des Stahlhelms haben erneut von der Auffassung des preussischen Staatsministeriums über die Vorgänge, die zu der Auflösung des Stahlhelms in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen geführt haben, Kenntnis genommen.

2. Unter Zugrundelegung dieser Auffassung geben die Bundesführer des Stahlhelms die Erklärung ab,

daß sie in Zukunft solche Uebungen, wie sie im Oktober 1929 zur Auflösung Anlaß gegeben haben, unterlassen werden.

Sie versichern ferner, daß eine den Vorschriften des Gesetzes vom 22. März 1921 zuwiderlaufende Betätigung, namentlich auch die Ausbildung und Uebung der Mitglieder im Waffenhandwerk und im Gebrauch von Kriegswaffen, im Stahlhelm nicht geduldet wird. Der Stahlhelm wird sich mit allen Mitteln dafür einsetzen, daß diese Verbote restlos befolgt werden, und daß Mitglieder, die den Verböten zuwiderhandeln, aus dem Bunde ausgeschlossen werden.

3. Insbesondere werden die Bundesführer dafür Sorge tragen, daß im Falle der Neubildung des Stahlhelms in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen nur solche Landesverbände und Unterorganisationen gebildet werden, bei denen die Gewähr dafür geboten ist, daß die Anordnungen und Zusicherungen der Bundesführung von allen Mitgliedern befolgt werden.

Berlin, den 16. Juli 1930.

Der 1. Bundesführer gez.: Franz Seidte,

Der 2. Bundesführer gez.: Düsterberg.

Auf diese Erklärung hin ließ der Preussische Minister des Innern der Bundesführung des Stahlhelms folgendes Schreiben zugehen:

„Nachdem die Bundesführung des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten die Erklärung abgegeben hat, daß in Zukunft die Veranstaltungen solcher und ähnlicher Uebungen, wie sie zu der Auflösungsverfügung vom 8. Oktober 1929 Anlaß gegeben haben, sowie die Beschäftigung mit militärischen Dingen im Sinne des Gesetzes vom 22. März 1921, namentlich auch die Ausbildung und Uebung der Mitglieder im Waffenhandwerk und im Gebrauch von Kriegswaffen, im Stahlhelm verboten ist, und daß der Bund sich mit allen Mitteln für die künftige Befolgung dieser Anordnung einsetzen wird, werden der Neubildung von Organisationen des Stahlhelms in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen von der Polizei keine Hindernisse bereitet werden.“

Die preussische Staatsregierung setzt dabei im Vertrauen auf die gegebenen Zusicherungen voraus, daß der etwa neu zu gründende

Bekennnis einer schönen Seele.

Warum der „Völkische Beobachter“ einen so gemeinen Schimpfen hat.

Die sächsischen Volksnationalen sind den Nazis bitter gram. Sie fühlen sich durch die nationalsozialistische Agitation und Äußerungen der nationalsozialistischen Presse beleidigt und lehnen es auf Grund dieser Verunglimpfungen ab, den Drang der sächsischen Nazis nach der Buttekruppe mit befriedigen zu lassen. Hitler hat deshalb einen Abgesandten in das Büro der sächsischen Volksnationalen geschickt und in der Absicht, die beiden Abgeordneten der Volksnationalen Vereinigung im Sächsischen Landtag für einen Naziminister zu fördern, kniefällig um Entschuldigung für die Verleumdungen seiner Untertanen bitten lassen. Als dem Abgesandten Professor Wagner bei der Ausführung seines Auftrags von volksnationaler Seite gewisse Vorhaltungen gemacht wurden, erklärte er nach dem „Jungdeutschen“, der es ja wissen muß:

„Der Völkische Beobachter“ (der auch solche Verunglimpfungen gebracht hat) sei für die Leute geschrieben, die früher die „Rote Fahne“ gelesen hätten; er selbst zum Beispiel lese den „Völkischen Beobachter“ gar nicht.“

Diese Äußerung beweist, daß die Leser des „Völkischen Beobachter“ zum großen Teil frühere Kommunisten sind und das wiederum zeigt, daß die kommunistische Partei den Rechtsputschisten gewissermaßen Vorpostendienst leistet. Wir haben niemals daran gezweifelt und sehen in der Äußerung des Hitlerianers Wagner nur eine neue Bestätigung für unsere Auffassung.

Gefängnis für Ministerbeleidigung.

Rechtsradikaler Schimpfbild erhält seine Quittung.

Köln, 16. Juli.

Das Erweiterte Schöffengericht verhandelte am Mittwoch wegen Beleidigung des Ministerpräsidenten Braun sowie der Minister Erzinski, Dr. Schäpel, Dr. Dietrich, Sodering und v. Guérard durch einen Artikel, der während des Streits um das Volksrecht im „Westdeutschen Beobachter“ unter der Ueberschrift „Minister als Lügner und Volksbeschwinder“ erschien. In diesem

Stahlhelm in den genannten beiden Provinzen damit einen wesentlich anderen Charakter haben wird als die feinerzeit aufgelösten Teile des Bundes, und daß auch bei der Führerauswahl diesen Gesichtspunkten ausreichend Rechnung getragen wird.

Die preussische Staatsregierung erachtet es im übrigen als selbstverständlich, daß die Wiederaufnahme des Bundes nicht zum Anlaß neuer Angriffe gegen die Staatsregierung genommen wird und daß schwebende Beschwerdeverfahren seitens des Stahlhelms gleichfalls als erledigt angesehen werden.

gez.: Dr. Waentig.“

Gleichzeitig hat der Preussische Minister des Innern die nachgeordneten Behörden in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen hiervon unterrichtet und mitgeteilt, daß eine etwaige Neubildung des Stahlhelms in den genannten beiden Provinzen nicht zu beanstanden sei.

Die Bundesleitung des Stahlhelms hat gestern den Schritt vollzogen, den zu tun sie sich bisher geweigert hatte. Sie hat eine Loyalitätserklärung abgegeben, die im Wesen durchaus der Erklärung entspricht, die der preussische Minister des Innern verlangt hatte, und die alle jene Garantien gibt, die die preussische Regierung fordert.

Nach diesem Schritt des Stahlhelms stellt sich die mit dem Brief des Reichspräsidenten unternommene Aktion noch feilsamer dar:

Am 14. Juli fordert der preussische Innenminister von der Bundesführung des Stahlhelms eine Loyalitätserklärung und Garantien.

Am 15. Juli schreibt der Reichspräsident an den preussischen Ministerpräsidenten, die dem Stahlhelm gestellten Bedingungen seien unmöglich und zeigten die Absicht der preussischen Regierung, das Verbot nicht aufzuheben.

Am 16. Juli nimmt der Stahlhelm diese angeblich unmöglichen Bedingungen an, und setzt damit also den Reichspräsidenten ins Unrecht und desavouiert seinen Brief!

Das Büro des Reichspräsidenten und jene unverantwortlichen Ratgeber, die den Hindenburg-Brief veranlaßt haben, haben dem Reichspräsidenten wie dem Stahlhelm einen Bärendienst geleistet. Sie haben die Bundesführung des Stahlhelms scharf gemacht, sich den geforderten Bedingungen nicht zu unterwerfen, und sie haben den Reichspräsidenten engagiert, um den Stahlhelm vor der Unterwerfung zu bewahren. Der Effekt ist: der Stahlhelm hat sich trotzdem den geforderten Bedingungen unterworfen, und die Autorität des Reichspräsidenten hat einen Stoß erhalten, ohne daß der Stahlhelm einen Nutzen davon gehabt hat und ohne daß die sonstigen Pläne der Drahtzieher gefördert worden sind.

Die Rolle Brünings.

Der Sozialdemokratische Pressedienst schreibt: Von amtlicher Seite ist behauptet worden, Reichsanwalt Dr. Brüning sei von dem Brief des Reichspräsidenten Hindenburg an den preussischen Ministerpräsidenten Braun überrascht worden. Er habe von ihm vorher keine Kenntnis gehabt.

Richtig ist, daß Reichsanwalt Dr. Brüning nicht nur von dem Brief gewußt, sondern sich sogar mit den Staatssekretären Pünder und Dr. Weißner an seiner Abfassung beteiligt hat. Der zuständige Ressortminister Dr. Birich wurde absichtlich übergangen. Er erfuhr von dem Brief erst, wie die Mehrheit der übrigen Reichsminister, aus der Presse. Als einziges Kabinettsmitglied war Herr Treitlauer informiert!

Artikel wurden die Minister in größtenteils beleidigender Form angegriffen, weil sie zur Frage des Volksbegehrens im Rundfunk Stellung genommen hatten. In diesem Verfahren war Redakteur Groh feinerzeit freigesprochen worden, weil er als wirklich Verantwortlichen seinen Kollegen nachweisen konnte. Das Gericht verurteilte nun den Kollegen wegen der besonderen Schwere der Ehrenkränkung zu vier Monaten Gefängnis und Veröffentlichung des Urteils in verschiedenen Tageszeitungen auf Kosten des Angeklagten.

Interparlamentarische Union.

Deutschland zunächst nur schwach vertreten.

London, 16. Juli. (Eigenbericht)

Ueber 500 Parlamentarier aus allen Ländern wohnen der Eröffnung der 26. Tagung der Interparlamentarischen Union bei.

Außenminister Henderson begrüßte die Versammlung im Namen der britischen Regierung. Er warf einen Blick über die im letzten Jahre erzielten Fortschritte auf dem Gebiet der internationalen Zusammenarbeit. Er betonte, daß dies alles erst der Anfang sei. Es bleibe noch sehr viel zu tun übrig. Dies gelte besonders für die internationale Entwaffnung. Erst durch die Entwaffnung würde bewiesen, daß der Kellogg-Pakt nicht nur auf dem Papier stehe, sondern auch in der Tat angenommen sei. Eine Hauptaufgabe der Interparlamentarischen Union sei, daß ihre Mitglieder in ihren Parlamenten den Gedanken der Abrüstung verbreiten und für ihn tätig sein.

Die Deutsche Delegation ist infolge der innenpolitischen Ereignisse in Deutschland nur durch die Demokraten Schüding, Heile und Duidde vertreten. In einem zur Verlesung gebrachten Telegramm des Reichstagspräsidenten Löbe wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die deutschen Abgeordneten den Schlußsitzungen nach beiwohnen können. Lobes Begrüßungstelegramm fand lebhaften Beifall.

Die neue bolivianische Regierung hat zur Prüfung des Verhaltens des Generals Rumb während des Umsturzes in Bolivien eine Kommission eingesetzt, die darüber entscheiden soll, ob Rumb die Ausreise aus Bolivien gestattet werden soll. Bisher wurde die Genehmigung zur Ausreise verweigert, weil man befürchtet, daß Rumb anderen lateinamerikanischen Mächten militärische Informationen zutommen lassen könnte.

Pariser Echo der deutschen Antwort.

Ausgesprochen günstige Aufnahme.

Paris, 16. Juli. (Eigenbericht.)

Mit der Uebergabe der deutschen Antwortnote auf das Europa-Memorandum Briands, in der zum erstenmal offiziell von der Reichsregierung das Problem der Revision der Friedensverträge angeschnitten wurde, hat die Locarno-Politik eine entscheidende Belastungsprobe bestanden.

Nur dieser seit Jahren unermüdet fortgeführten Politik des Friedens und der Versöhnung ist es zu danken, daß die französische Presse auf das Stichwort „Revision des Versailler Vertrages“ nicht in ein allgemeines Wutgeschrei ausgebrochen ist. Selbst die nationalistischen Blätter finden es begreiflich, daß Deutschland die erste sich bietende Gelegenheit benützt hat, um die Notwendigkeit einer mutigen Reform der einmal als unhaltbar erkannten Verhältnisse zu betonen. Die Debatte über die Revision der Verträge ist also eingeleitet und wenn auch heute ihr Ausgang längst noch nicht voraussehen ist, so ist es doch ermutigend genug, daß sie auf durchaus sachlicher und verständiger Basis begonnen hat.

Selbst der „Temps“, der die Revisionsbestrebungen der Reichsregierung etwas mißbilligend als eine „abseitige Bemühung“ charakterisiert, gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Betrachtungen über die wirtschaftliche und administrative Ausgestaltung des Europabundes in der deutschen Note die prinzipiellen Grundlagen zu einer Verständigung bieten, zumal die Note in Ton und Ausdruck eine Mäßigung und einen Verzicht auf jede polemische Verärgerung zeige, die nur vertrauensverdienend wirken könnte. Nicht minder bedeutungsvoll ist das Urteil der „schwerindustriellen Aournée Industrielle“, die in den „durchaus ernst zu nehmenden und überaus brauchbaren“ wirtschaftlichen Vorschlägen die notwendige Verständigungsgehalt gefunden haben will. Gerade dadurch, daß die deutsche Note, wie das „Petit Journal“ ausdrücklich betont, sich der Verantwortlichkeit voll bewußt ist und sich strikt an den Geist von Locarno hält, konnte sie ohne Gefährdung der Beziehungen zu Frankreich den entscheidenden Schritt wagen, die Debatte über die Revision der Verträge zu eröffnen. Dieses Ergebnis wäre niemals der Politik der Gewalt und der großen Worte gelungen.

Der Satz der deutschen Antwort bezüglich der „einmal als unhaltbar erkannten Verhältnisse“ ist in der Tat einer der wichtigsten in der deutschen Antwort. Er besagt eigentlich nichts anderes als das, was schon im Artikel 19 des Völkerbundesstatuts steht, der ebenfalls von der Möglichkeit einer „Nachprüfung unanwendbar gewordener Verträge und solcher internationalen Verhältnisse... deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden könnte“, spricht.

Bereits in seiner letzten außenpolitischen Rede vor dem Reichstag am 25. Juni hatte Genosse Breitscheid auf die Bedeutung des Artikels 19 gerade für die deutsche Antwort auf das Memorandum Briands hingewiesen.

Sozialistenhaß in Finnland.

Lappo geht den vorhergesagten Weg der Gewalt.

Helsingfors, 16. Juli. (Eigenbericht.)

Die Lappo-Bewegung richtet jetzt nach der Reichstagsauflösung und nach der Vernichtung der kommunistischen Partei ihren Hauptstoß gegen die sozialdemokratischen Organisationen. In Wiborg forderte eine Lappo-Abordnung vom Landeshauptmann das Verbot der sozialdemokratischen Tageszeitung „Aamson Työ“. Der Landeshauptmann hat sich nach Helsingfors begeben, um der Regierung diese Forderung zu unterbreiten.

Am Mittwoch haussuchten etwa 20 Geheimpolizisten in den Büroräumen der Gewerkschaften, zahlreiche Akten, Mitgliederlisten und der Schriftwechsel der Organisationen wurden beschlagnahmt.

Dank an Kärnten.

Festigung des Nationalrats.

Wien, 16. Juli. (Eigenbericht.)

Der Nationalrat verabschiedete das Rotopfer für die Landwirtschaft und die Erhöhung der Bier- und Zucksteuer.

Um 19 Uhr trat der Nationalrat in dem festlich geschmückten Plenarsaal zur Festigung zusammen, in der dem Lande Kärnten anlässlich der zehnjährigen Wiederkehr der Volksabstimmung, die Kärntners Zugehörigkeit zu Deutschösterreich fester, ein Zuschuß von 3 Millionen Schilling gewährt wurde. Der Bundeskanzler erklärte, daß dieser Beitrag nur vorläufig sei und, sobald es die finanzielle Lage des Staates erlaube, erhöht werde. Anschließend gaben alle Parteien Erklärungen ab, in denen sie die Treue der Kärntner zum Mutterlande feierten.

Dauerkampf gegen den Flottenvertrag.

Immer neue Obstruktionsanträge im Senat.

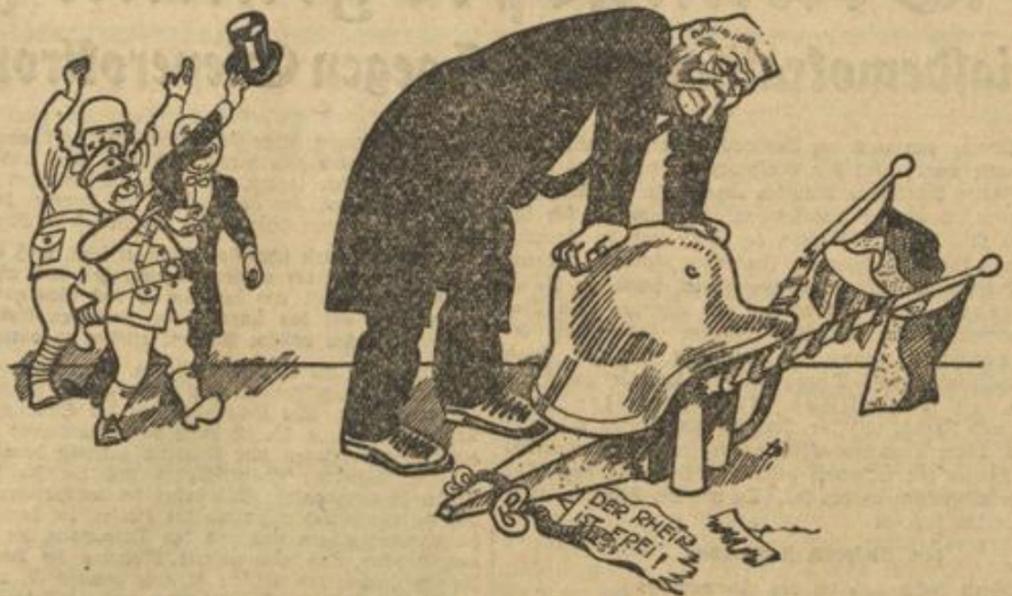
Washington, 16. Juli. (Eigenbericht.)

Der Kampf im Senat um die Ratifizierung des Londoner Flottenvertrages geht mit verstärkter Wucht und immer neuen Verzögerungsaktionen der Vertragsgegner weiter. Die Opposition formuliert eine Entschlieung, die die Ratifizierung von dem Abschluß eines internationalen Garantievertrages zwecks Sicherung der absoluten Freiheit der Meere und der unbehinderten Seefahrt aller Nationen zu Kriegs- und Friedenszeiten abhängig machen will. Die Entschlieung ist ziemlich aussichtslos, sie gibt aber der Opposition eine neue Gelegenheit, die Beratungen hinauszuzögern.

Wols Wohlmut gestorben. Der bekannte Münchener Schauspieler Wols Wohlmut ist gestern im Alter von 85 Jahren gestorben. Wohlmut gehörte seit Jahrzehnten zu den Stützen des Bayerischen Landestheaters. Sein Fach waren die charakteristischen Rollen Wolters und Shakespeares und in früheren Zeiten die großen Intriganten im Stil Richard III. und Franz Moor. Wohlmut gehörte zu den Gestirnen, die parabolische, weischwingende Deklamation mit scharfer Charakteristik verbunden. Er war einer der letzten aus der poetischen Schule. Großen Rufens wie Deib und Senbach hat er oft privat und in Rollen als Modell gefeiert.

Amerikanischer Reisebesuch in Europa. Die Zahl der nach Europa reisenden Amerikaner wird in den nächsten Tagen ihren höchsten Stand erreichen. Man rechnet damit, daß sich nicht weniger als 15.000 Amerikaner nach Europa einschiffen werden.

Das Vaterland über die Partei?



O nein! — Das Vaterland unter den Stahlhelmen!

Konservativer Vorstoß gescheitert.

Labour-Mehrheit mit liberalen Stimmen.

London, 16. Juli. (Eigenbericht.)

Die am Mittwoch im Unterhaus stattgefundene Zolldebatte endete um 11 Uhr nachts mit der Ablehnung des konservativen Mißtrauensantrages gegen die Regierung. 312 Abgeordnete der Arbeiterpartei und der Liberalen standen zum Schluß der bewegten Sitzung gegen 241 Konservative. Das Abstimmungsresultat wurde auf den Regierungsbänken mit großem Beifall aufgenommen.

Baldwin, der den konservativen-Mißtrauensantrag begründete, hielt eine Rede, die weder Freund noch Gegner befriedigen konnte. Lloyd George hatte es als Sprecher der Liberalen leicht, mit ihm nach Strich und Faden abzurechnen. Mit Recht, sagte er zu den konservativen Führern, habe er die Zollfrage auf halbmaß geholt. Mosley wandte sich ebenfalls gegen die Schutzzölle. Eindringlich und überzeugend sprach Snowden und

Macdonald. Das wichtigste in den Reden der beiden Minister war die Erklärung, die Regierung werde vor der britischen Reichskongress keinelei Änderungen an der bisherigen Zollpolitik zulassen.

Kraftprobe in der Labour-Fraktion.

London, 16. Juli. (Eigenbericht.)

Die Unterhausfraktion der Labour Party beschäftigte sich am Mittwoch mit der Arbeitslosenfrage und lehnte mit 80 gegen 35 Stimmen einen zu dieser Angelegenheit gegen das Kabinett eingebrachten Mißtrauensantrag ab. Auf Seiten der Opposition standen als Hauptwortführer Maxton vom linken Flügel der Arbeiterpartei und Mosley vom rechten Flügel. Mosley mußte wegen seiner Haltung bittere Vorwürfe hören.

England und Aegypten.

Zwei Kriegsschiffe nach Alexandrien entsandt.

London, 16. Juli. (Eigenbericht.)

Macdonald hielt am Mittwoch im Unterhaus eine kühne erregende Rede über die Lage in Aegypten. Zunächst gab er den Beschluß der Regierung bekannt, zwei Kriegsschiffe nach Alexandrien zu entsenden. Dann erklärte der Ministerpräsident:

Die Regierung habe zu Beginn der ägyptischen Krise durch ihren in Kairo weilenden Oberkommissar dem König Fuad erklären lassen, England wünsche die strikteste Neutralität bei den innerpolitischen ägyptischen Auseinandersetzungen zu bewahren und es werde sich unter keinen Umständen in diese Streitigkeiten hineinmischen lassen. Fuad möge davon überzeugt sein, daß England sich niemals als Instrument gegen die ägyptische Verfassung einsetzen werde. Nach den Ereignissen in Alexandrien sei Fuads Ministerpräsident, Sidky Pascha, von dem Oberkommissar befehrt worden, daß die gegenwärtige ägyptische Regierung verantwortlich gemacht werden müsse für das Leben und das Eigentum der in Aegypten lebenden Ausländer. Da England jedoch die internationale Garantie für

die Interessen dieser Ausländer übernommen habe, sei die englische Regierung nunmehr verpflichtet gewesen, zwei Kriegsschiffe nach Alexandrien zu entsenden.

Neue Zusammenstöße in Aussicht.

Alexandria, 16. Juli. (Eigenbericht.)

Vor Alexandria liegen seit Mittwoch zum Schutz der fremden Einwohner zwei englische Kriegsschiffe.

Die hier seit Dienstag zu verzeichnende fremdenfeindliche Stimmung richtet sich hauptsächlich gegen die Griechen und Italiener. Sie werden beschuldigt, die Partei der Regierung des Königs Fuad ergriffen zu haben. Am 21. Juli beabsichtigt der Wafd, eine Parlamentssession abzuhalten und das Parlamentsgebäude zu diesem Zweck gewaltsam zu öffnen. Die Hauptstraßen von Alexandria tragen deutliche Spuren der Kämpfe. Zahlreiche Läden wurden schwer beschädigt. Die Polizeistation in Manschich wurde in Brand gesteckt. Die anrückende Feuerwehre wurde von der Menge überwältigt. Die Zahl der Todesopfer beziffert sich auf 12, die der Verwundeten auf 388.

Die sächsische Ministerpräsidentenwahl.

Nochmals Wahl vor den Landtagsferien?

Dresden, 16. Juli.

In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß sich der Landtag am 24. Juli bis zum Herbst vertagen wird. Bereits am Donnerstag wird der Landtag für den Ferienabschnitt einen Zwischenausschuss einsetzen. Die Donnerstagssitzung dürfte nur von kurzer Dauer sein. Nachher werden sich die Ausschüsse mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung befassen, dessen Schlußberatung durch den Landtag wahrscheinlich am 22. Juli in Angriff genommen werden wird. Dann dürfte man es noch einmal versuchen, den Ministerpräsidenten zu wählen und die Regierung zu bilden. Mißlingt der Versuch wieder, dann bleibt die geschäftsführende Regierung Schick bis zum Herbst im Amt.

Eine Staatsanleihe Bayerns.

Bis zum Betrage von 126 Millionen.

München, 16. Juli.

Der bayerische Finanzminister hat auf Grund eines Beschlusses des Staatsministeriums dem Landtag einen Antrag auf Ermächtigung zur Aufnahme einer Staatsanleihe bis zum Betrage von 126 Millionen Mark zugehen lassen. Die Anleihe soll dazu dienen, kurzfristige Schuldverpflichtungen des Staates in Höhe von 84 Millionen Mark in eine langfristige Schuld umzuwandeln. Ein Teilbetrag bis zu 42 Millionen Mark soll an die bayerischen Groß-Wasserstraßen-Unter-

nehmungen als Darlehen unter den bei der Anleiheaufnahme erzielten Bedingungen weiter gegeben werden.

Die zur Ausgabe gelangenden Schuldverschreibungen mit Zinsschein können sämtlich oder teilweise auf ausländische oder nach einem bestimmten Wertverhältnis gleichzeitig auf in- und ausländische Währungen sowie im Ausland zahlbar ausgestellt werden. Das Finanzministerium soll ermächtigt werden, alle zur Durchführung der Anleihe erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Verbreitung von Zersetzungsschriften.

Kommunist zu Festungshaft verurteilt.

Leipzig, 16. Juli.

Dem Fleischergesellen Franz Jarczyk aus Hindenburg in Oberschlesien wurde zur Last gelegt, im Oktober und November 1929 an der Verbreitung der Zersetzungsschriften „Der Reichswahrsoldat“ und „Der Polizeibeamte“ mitgewirkt zu haben. Jarczyk wurde wegen Vorbereitung zum Hochverrat angeklagt.

In der Verhandlung, die am 16. Juli 1930 vor dem vierten Strafsenat des Reichsgerichts unter Vorsitz des Senatspräsidenten Lorenz stattfand, bestritt der Angeklagte, die ihm zur Last gelegten Handlungen begangen zu haben. Der Reichsanwalt betrachtete es als auf Grund der Zeugenaussagen erwiesen, daß Jarczyk Anaben mit der Verteilung der Zersetzungsschriften betraut und solche Schriften bereitgehalten habe und beantragte eine Strafe von 1½ Jahr Festung. Der Senat verurteilte den Angeklagten entsprechend dem Antrag des Reichsanwaltes. In der Begründung betonte der Vorsitzende, daß sich das Gericht auf Grund der Zeugenaussagen von der Berechtigung der gegen den Angeklagten erhobenen Vorwürfe überzeugt habe.

Deckungsprogramm zurückgezogen.

Sozialdemokratischer Protest gegen Steuererhöhung / Femeamnestie gescheitert

Der Reichstag war auch am Mittwoch außergewöhnlich stark besetzt. Zunächst wurde über den Einspruch des Reichsrats gegen die vom Reichstag beschlossene Amnestie abgestimmt. 452 Abgeordnete beteiligten sich an der Abstimmung. 10 enthielten sich der Stimme, 295 Mitglieder der Rechten, der Mitte und der Kommunisten stimmten für Abweisung des Reichsrats-Einspruchs, während 146 Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, sowie die Zentrumsabgeordneten Fahrenbrach und Riefener dem Einspruch zustimmten. Der Stimme enthalten haben sich die Zentrumsabgeordneten Dr. Beiz, Dr. Deffauer, Groß und Schwarz-Franckfurt, die Demokraten Lemmer und Frau Dr. Lübers, die bayerischen Volksparteiler Leibl, Dr. Pflieger und Kausch, und der Deutsch-Hannoveraner Alpers.

Präsident Cöbe: Nach dem Geleß müßten bei der heutigen Belegung des Hauses 301 Stimmen gegen den Einspruch abgegeben sein, wenn er abgewiesen werden soll. Da nur 295 Stimmen dafür abgegeben werden sind, ist

dem Einspruch stattgegeben!

(Wutruf äußerst rechts und bei den Kommunisten.)

Nach Ablehnung eines Antrags Graf Bestarp (Dnat.) auf Absetzung der Senfer Handelsabkommen von der Tagesordnung, werden diese dem Handelspolitischen Ausschuss überwiesen. — Das Baulandgesetz wird mit den Stimmen der Regierungsparteien, der Sozialdemokraten und sogar auch der Kommunisten verabschiedet. — Darauf wird die zweite Beratung des Deckungsprogramms fortgesetzt.

Abg. Torgler (Komm.): Der Kuhhandel der Sozialdemokraten mit Brüning bedeutet grundsätzliche Zustimmung zur weiteren Durchführung der Steuererhöhung mit Artikel 48. Die Preissteigerungsaktion ist ein großer Schwindel.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.):

Die sozialdemokratische Fraktion beabsichtigt nicht, zu den Artikeln der Deckungsvorlagen im einzelnen Stellung zu nehmen. (Hört! hört!) Die Sozialdemokratie wird die erste Abstimmung des heutigen Tages benutzen, um ihre Stellung zu den Deckungsvorlagen in ihrer Allgemeinheit zum Ausdruck zu bringen. Diese Stellung ist nicht sowohl bedingt durch den Inhalt der einzelnen Artikel, als vielmehr durch die politische Gesamtsituation. In einer Reihe dieser Vorlagen sind Bestimmungen, die sich den Auffassungen nähern, die meine Fraktion seit langem vertreten hat, so auch vor einigen Wochen in ihren Richtlinien. Das trifft zu für das Prinzip der Reichshilfe und für die Erhöhung der Zuschläge zur Einkommensteuer. Was aber für uns gänzlich unannehmbar ist, das ist die sogenannte Bürgerabgabe, die Kopf- oder Regenersteuer, wie sie besser genannt werden könnte. Da diese Bürgerabgabe in das gesamte Deckungsprogramm hineingearbeitet worden ist, ist für uns das ganze Gesetz unannehmbar! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Deckungsvorlage steht im engsten Zusammenhang mit den sozialpolitischen Vorlagen der Regierung. Die

Sozialdemokratie kann nicht die Verantwortung dafür übernehmen, daß durch ihre Zustimmung zu den Deckungsvorlagen die sozialpolitische Gesetzgebung verschlechtert wird.

Der Abbau der Zuschlagspflicht des Reichs zur Arbeitslosenversicherung nach § 163 muß einen allgemeinen Leistungsabbau nach sich ziehen. Damit ist unsere Stellung zu den Vorlagen klar gegeben.

Wir kennen die Konsequenzen, die diese Stellung nach sich ziehen muß. Wenn wir daran noch gezweifelt hätten, wären wir belehrt worden durch die Mitteilung von den Vollmachten, die der Reichskanzler heute vormittag vom Reichspräsidenten erhalten hat, nämlich in erster Linie für den Fall, daß eine parlamentarische Mehrheit für die Deckungsvorlagen nicht aufzubringen ist, sie mit Hilfe des Artikels 48 der Reichsverfassung in Kraft zu setzen. Die Regierung Brüning ist vom ersten Tage ihrer Existenz an

eine Minderheitsregierung mit buntem zusammengewürfeltem und durch alle möglichen Jugeländnisse seinerzeit an die Felle genähten Regierungstruppen, die in ihrer Zusammenlegung ein wenig an die glorievolle Armee des heiligen römischen Reiches deutscher Nation erinnern.

(Heiterkeit. — Zuruf rechts: Wir gehen aber nicht nach Koblenz!) Diese Truppen reichen nicht aus, um dem Kabinett eine Mehrheit und damit den Erfolg zu sichern. Nach unserer Meinung wäre es dann selbstverständlich, daß die Reichsregierung versucht, eine Mehrheit für eine irgendwie geartete Deckungsvorlage sich zu verschaffen. Wie weit der Reichskanzler diesen Versuch bei den Deutschnationalen gemacht hat, wissen wir nicht. Jedenfalls scheinen sie ohne Erfolg geblieben zu sein.

Wir Sozialdemokraten haben auch in den letzten Tagen mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, daß wir zu Verhandlungen bereit sind.

Wir sind in dieser Bereitschaft bis an die Grenze des irgendwie Möglichen und Erträglichen gegangen. Wir haben der Regierung vorgeschlagen, daß es noch andere Möglichkeiten zur Sanierung der Finanzen gibt, und wir waren der Ueberzeugung und haben immer wieder der Regierung erklärt: Wenn Ihr eine andere Basis zu finden entschlossen seid, sind wir bereit, daran und an der Durchführung einer solchen Finanzreform mitzuarbeiten. Wir haben das nicht getan, um irgendwie diesem Kabinett nachzulassen, wir haben es nicht getan, um dieser Regierung willen, und nicht um unser Willen — wir haben es getan

um des Staates willen!

(Schreie rechts und äußerst links, stürmischer Beifall und Händeklatschen der Sozialdemokraten.) Denn wir wußten, daß im anderen Falle die Gefahr des Artikels 48 droht und hätten es darum für unsere selbstverständliche Pflicht, alles zur Abwendung zu tun, um die Gefahr der Anwendung des Diktaturparagraphen abzuwenden.

Wir glauben, jeder im Saale, aber auch jeder im Lande, vor allen Dingen jeder Arbeiter draußen wird volles Verständnis dafür besitzen (andauerndes Geschrei der Kommunisten und Nationalsozialisten), daß

wir auf diesem Wege bis zu dem äußersten für uns möglichen Punkt gegangen

sind. — Erst gestern nachmittags ist es zu einer Besprechung zwischen uns und einer der Regierungsparteien gekommen. Bei dieser Gelegenheit ist uns die Frage vorgelegt worden, welche Bedingungen wir als Voraussetzung für unsere Mitwirkung stellen. Wir haben daraufhin dem Abg. Esser als Hauptunterhändler der anderen Seite folgenden Brief geschrieben (wir haben ihn bereits in unserer Abendausgabe veröffentlicht. Red.):

Auf dieses Schreiben haben wir eine schriftliche Antwort nicht erhalten.

Herr Esser begründete das mir gegenüber mit einem Sprichwort aus unserer gemeinsamen rheinischen Heimat, das ich hier nicht wiederholen will (Heiterkeit), das ich aber nicht als maßgebend für

die Verweigerung einer schriftlichen Antwort anerkennen kann. Aber auch daraus ging hervor, daß Herr Esser und seine Freunde gewisse Bedenken tragen, vor aller Öffentlichkeit schriftlich den Grund anzugeben, aus dem sie auf das Angebot der Sozialdemokratie nicht eingehen. (Hört! hört! und Beifall der Sozialdemokraten.)

Gerade weil diese schriftliche Antwort fehlt, muß ich vermuten, daß Ihnen bei der ganzen Angelegenheit doch nicht sonderlich wohl gewesen ist, und daß Sie es doch nicht ganz angenehm empfanden, auf das Angebot der Sozialdemokratischen Partei keine positive Antwort erteilen zu dürfen!

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Jedenfalls waren damit die Verhandlungen gescheitert, oder besser gesagt, sie haben gar nicht erst angefangen. Wir stehen jetzt vor der Situation, die uns zur Konsequenz zwingt, die ich durch die Ankündigung der Ablehnung der Deckungsvorlagen zum Ausdruck gebracht habe.

Die Regierung ist entschlossen und hat die Vollmacht, den Artikel 48 anzuwenden. Wir haben bei verschiedenen Gelegenheiten hier im Hause und außerhalb des Hauses, bei den Abstimmungen, ausgesprochen, daß nach unserer Meinung die Voraussetzung für die Anwendung des Artikels 48 nicht gegeben ist, wenn man nicht der Reichsverfassung Gewalt antun will. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Gegenrufe rechts.) Daß Sie für die Diktatur sind, wissen wir, von dieser Regierung war es noch so sicher. Die verfassungsmäßige Voraussetzung für die Anwendung des Artikels 48 ist, daß im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gefährdet oder gefährdet ist. Ich behaupte nicht, daß die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Deutschland in dem Maß besteht, wie es wünschenswert wäre; das besteht nicht dank dem Vorhandensein der verschiedenen nationalsozialistischen Richtungen. (Heiterkeit und Zustimmung.) Aber ihre

Gefährdung rührt nicht daher, daß das Finanzreformprogramm der Regierung bisher nicht durchgeführt ist. Eine der wesentlichsten Ursachen für die Unsicherheit und Ordnung ist die richtige Erwerbslosigkeit, aber die Regierung Brüning ist dabei, die Lage der Erwerbslosen weiter zu verschlechtern und dem arbeitenden Volk neue Lasten aufzubürden, was sicher nicht dazu beitragen kann, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu heben.

(Lebhafte Zustimmung der Sozialdemokraten.)

Niemals haben die Urheber der Reichsverfassung daran gedacht, daß mit Hilfe des Artikels 48 derartige Gesetze erzwungen werden könnten. Gewiß, in der Vergangenheit ist der Artikel 48 angewendet worden, aber das war die gefährliche Zeit des Übergangs von der Inflation zur stabilen Währung. Damals war für die wesentlichen Maßnahmen, die auf Grund des Artikels 48 verordnet worden sind, auch die Zustimmung einer Mehrheit des Hauses ziemlich sicher. Das ist heute nicht der Fall, und wir stellen mit allem Nachdruck fest, der

Artikel 48 ist dazu da, unter Umständen dem Staat zu helfen und ihn zu schützen, nicht aber, um eine einzelne Regierung aus ihrer Verlegenheit zu befreien

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), die ihr Ziel nicht erreicht und ihre Vorlagen nicht in der Form durchsetzen kann, die sie sich vorgenommen hat. Es handelt sich vor allem um den Staat, und wir erklären offen, wir sind die staatspolitische Partei, und darum sind wir gegen die Pläne dieser Regierung. Der Sieg wird gefährdet nur dann, wenn seine verfassungsrechtliche Basis erschüttert wird, wie es jetzt die Regierung tut.

Es ist ganz selbstverständlich, daß, wenn der Artikel 48 zu diesen Verordnungen mißbraucht wird, die Sozialdemokratische Partei sofort den Antrag stellen wird, sie aufzuheben. Es hängt dann von den anderen Parteien ab, besonders von den Deutschnationalen, ob sie mit uns eine gemeinsame Mehrheit für die Aufhebung herstellen wollen. (Geschrei rechts.) Sie stehen in der Opposition rechts, wie wir links. Es kommt nur darauf an,

ob Ihnen die Opposition gegen die Regierung Brüning wichtiger ist, oder die Benutzung, mit dem von Ihnen so geliebten Artikel 48 regieren zu sehen.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag der Wirtschaftspartei läuft darauf hinaus, erst den Reichstag aufzulösen und dann gemäß Artikel 48 Verordnungen zu machen. Das lehnen wir ab. Wir wollen derartige Verordnungen sofort durch den verammelten Reichstag aufheben lassen, und damit nicht erst warten, bis wieder einmal ein Reichstag zusammentritt. Wir wissen, daß eine ernste Stunde gekommen ist. Wir wissen, die Bedrohung des Staats und der Arbeiterschaft mit dem Artikel 48 in Rechnung zu stellen, wir wissen, daß hier der erste Versuch gemacht wird, die demokratischen Grundlagen der Republik zu erschüttern.

Wir wissen, daß hier der erste Schritt gemacht wird zu einer deutschen Abart des Faschismus.

Aber wir haben als Partei und als Arbeiterbewegung nichts zu fürchten und auch nicht einen solchen Vorstoß. Wir werden auch das überstehen. Die Sozialdemokratie wird auch aus dem Sturm hervorgehen. Wir werden, wo sich die Gelegenheiten dazu bieten, dieses Regime bekämpfen, das mit den verfassungsmäßigen Rechten des Parlaments und der Wähler in leichtfertiger und frevelhafter Weise umspringt. (Lebhafte anhaltender Beifall der Sozialdemokraten.)

Abg. Esser (N.): Es ist ungewöhnlich, wenn von Verhandlungen, wie denen zwischen mir und dem Abg. Breitscheid, auf der Tribüne des Reichstags geredet wird. (Heiterkeit und Lärm.) Nach der Erklärung des Abg. Oberfahren war es klar, daß die Regierung nur mit Hilfe der Sozialdemokraten ihr Deckungsprogramm durchführen konnte. Die Verhandlungen zwischen mir und Abg. Breitscheid wurden durchaus loyal geführt. Ich habe nur deswegen der Sozialdemokratie

nicht schriftlich geantwortet, weil ich nicht wollte, daß eine gewisse Presse meine Mitteilungen vorher schon veröffentlicht.

(Unruhe.) Wenn die Verhandlungen nicht zum Ziel geführt haben, so liegt das an der Form des sozialdemokratischen Briefes, dessen dritter Satz ein offenes Ultimatum an die Regierungsparteien enthält, das jede weitere Verhandlung unmöglich macht.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.):

Daß zwischen uns dem Abg. Esser Besprechungen waren, stand in den Zeitungen und wurde nicht von uns zuerst veröffentlicht. Die Besprechungen sind nicht erst nach der Erklärung des Abg. Oberfahren angeregt worden, sondern schon viel früher. Abg. Esser kann nicht im Ernst behaupten wollen, daß wir mit einem einzigen Satz die Verhandlungen unmöglich gemacht hätten, denn die Regierungsparteien haben selbst auf Verhandlungen gedrängt. Die Bürgerabgabe stand nicht in der ursprünglichen Vorlage der Regierung, sondern ist von der Deutschen Volkspartei hineingebrought worden, und der Finanzminister hat vor wenigen Tagen an dieser Stelle die schwersten Bedenken gegen die Bürgerabgabe vorgebracht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Antwort des Abg.

Esser auf unseren Brief, die ich vorher nicht wiedergeben wollte, hat er selbst mitgeteilt, sie hieß: „Wer schreibt, der bleibt.“

Es ist bezeichnend, daß Abg. Esser es vermeiden wollte, sich durch eine schriftliche Antwort irgendeine Verpflichtung aufzuerlegen, und daß er nur deswegen diese unbestimmte mündliche Antwort gegeben hat.

(Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Ende (Komm.): Was wird die politische Basse der Sozialdemokratie sein, wenn der Parlamentarismus aufgehoben wird? Wir verlangen Aufhebung des RFB-Berichts und werden den Massenstreik gegen den Faschismus organisieren. (Tromische Jurse und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Die Beratung ist damit geschlossen. In namentlicher Abstimmung wird der Artikel II der Deckungsvorlagen mit 256 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Deutschnationalen, Nationalsozialisten gegen 193 Stimmen der Regierungsparteien sowie der Deutschnationalen Abg. Dr. Bazille, Dingler, Ohler und Bogt-Württemberg sowie des früheren deutschnationalen Abg. Bruhn abgelehnt.

Reichskanzler Dr. Brüning

(minutenlang von den Kommunisten durch Rufe: Abtreten! Schluß! Fort mit dieser Regierung! am Reden gehindert): Namens der Reichsregierung habe ich zu erklären, daß die Reichsregierung auf die Fortleitung der Beratung der Vorlage keinen Wert legt. (Lebhafte Beifall links und Gelächter.)

Präsident Cöbe: Damit ist nicht nur die Vorlage, sondern auch der damit verbundene Ergänzungsetat erledigt. — Wir haben abgestimmt über den Antrag der Wirtschaftspartei auf Auflösung des Reichstags und über den Mißtrauensantrag der Kommunisten gegen die Reichsregierung.

Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.): Wir lassen uns unsere Haltung zur Reichsregierung nicht von den Kommunisten vorschreiben. (Lärm der Kommunisten.) Der Antrag der Wirtschaftspartei bedeutet einen

unangemessenen Eingriff in die Entscheidungsfreiheit des Reichspräsidenten

(Wahlrufe links), wir lehnen ihn daher ab.

Für den Antrag der Wirtschaftspartei erheben sich außer den Antragstellern nur die Nationalsozialisten. (Große Heiterkeit.) Der kommunistische Mißtrauensantrag wird mit 244 Stimmen der Rechten und der Mitte gegen 59 Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten bei 151 Stimmenthaltungen der Sozialdemokraten und einiger Deutschnationalen abgelehnt.

Die Sitzung wird auf eine halbe Stunde unterbrochen. Nach Wiederbeginn um 15 1/2 Uhr wird die Beratung des Ostfischereigesetzes fortgesetzt.

Abg. Dr. Hergl (Dnat.): Das Ostfischereigesetz ist im Ausschuss verschlechtert worden. Bedauerlich ist die Feindseligkeit gegen die Orplandwirtschaft, die in den Ausschussverhandlungen zutage trat. Durch das Gesetz darf nicht Unruhe zwischen die verschiedenen Gruppen der Landwirtschaft getragen werden. (Heiterkeit links.)

Abg. Rönneburg (Dem.): Wie kann Abg. Hergl als vorgeblicher Bauernfreund von Verschlechterung und Ungerechtigkeiten reden, wenn das Gesetz die Verteilung der Mittel nach dem Produktionsanteil der einzelnen Betriebsgrößenklassen festsetzt, d. h. den Bauern den ihnen gebührenden Anteil gibt? (Sehr richtig! in der Mitte und links. — Lärm bei den Deutschnationalen.) Wer die ganze ostpreussische und ostdeutsche Landwirtschaft für bankrott erklärt, vermindert ihre Kreditfähigkeit. Die Differenzen der Zinssätze für ost- und westdeutschen Landbesitz sind erschreckend hoch.

Nach weiteren Rednern wird die Beratung auf Vorschlag des Vizepräsidenten Esser abgebrochen, es entwickelt sich eine

längere Geschäftsordnungsdebatte

darüber, ob schon heute die Arbeitslosen- und die Krankenversicherung besprochen werden solle. Die Abg. Dittmann (Soz.), Aufhäuser (Soz.) und Torgler (Komm.) protestieren dagegen, weil die betreffenden Drucksachen den Abgeordneten noch nicht vorliegen, und weil der 9. Ausschuss die Beratungen noch gar nicht zu Ende geführt habe. Vizepräsident Esser erwidert, daß die Beratungen im Ausschuss bereits beendet seien, und daß die Geschäftsordnung es erlaube, die zweite Lesung nach verkürzter Frist vorzunehmen.

Abg. Dittmann (Soz.): Es handelt sich nicht um die zweite, sondern um die erste Lesung, die frühestens drei Tage nach Beendigung der Ausschussberatung angelehrt werden kann.

Das Haus vertagt sich um 20 1/2 Uhr auf heute, 12 Uhr; Rest von heute, Reichsverordnungslesen, Einspruch des Reichsrats gegen die Änderungen des Postfinanzgesetzes.

Neuer Amnestieantrag der Regierungsparteien.

Der durch die Annahme des Einspruchs des Reichsrats gesallene Amnestieantrag ist von den Regierungsparteien als neuer Initiativantrag im Reichstag eingebracht worden. Der Antrag muß nunmehr nochmals in drei Lesungen vom Reichstag erledigt werden. Ebenso muß er dann noch einmal dem Reichsrat vorgelegt werden.

Bergarbeiterverband und Saarfrage.

Gegen die französischen Forderungen.

Bohum, 16. Juli. (Eigenbericht.)

Der Bergbauindustriearbeiterverband erklärt in einer Stellungnahme zu dem negativen Verlauf der Saarverhandlungen, daß die Form der Ausbeutung der Saargruben eine innerdeutsche Angelegenheit sei, die nur vom Deutschen Reich bestimmt werden könne. Wenn nationalistische Engstirnigkeit und wirtschaftliches Machstreben auf französischer Seite die Oberhand behielten, so sei die Saarbevölkerung und insbesondere die Saarbergarbeiterchaft herbe, mit dem im Versailles-Vertrag vorgesehenen Stimmsitzel ihre Zukunft zu entscheiden. Diese Entscheidung könne nicht zweifelhaft sein.

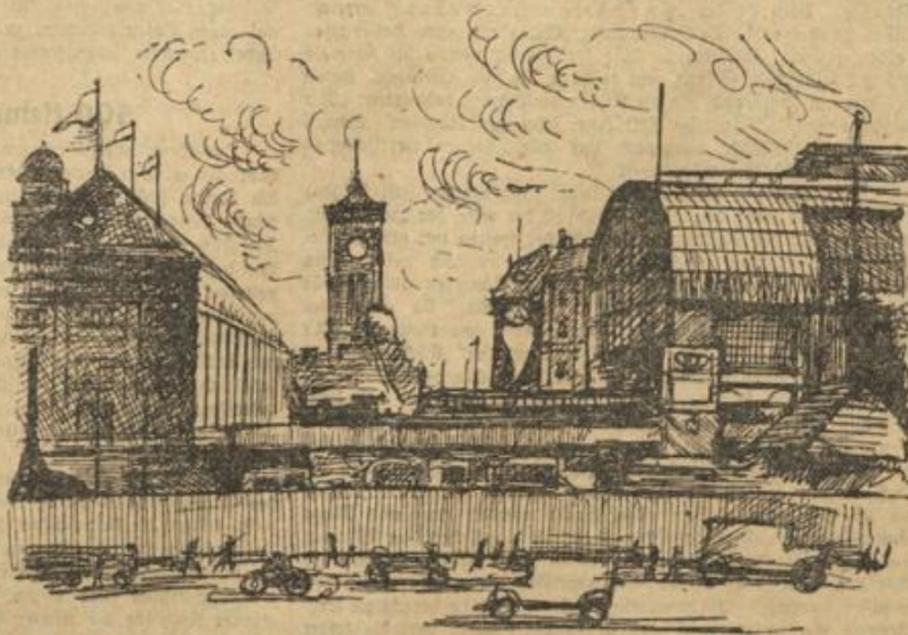
Justizrat Dr. Heistron zum Honorarprofessor ernannt. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der Preussische Minister für Handel und Gewerbe den Geheimen Justizrat Dr. Eward Heistron zum Honorarprofessor an der Handelshochschule in Berlin ernannt.

(Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.)

Verantwortlich für Politik: Dr. Gustav Gerner; Wirtschaft: G. Altmann; Gewerkschaftsbewegung: Otto Schlabler; Justiz: R. B. Böcher; Politik und Sonstiges: Rik Kerkhofs; Anzeigen: H. Gode; Druck: in Berlin, Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 1, 8. u. 9. Beilagen.

Alexanderplatz — Königstraße

Der große Bundesplatz Berlins — der Alexanderplatz — ist unterirdisch fast vollkommen ausgebaut. Zwischen den langen Tunnelröhren, den Untergrundbahnhöfen und in das Gewirr der Gas- und Wasserleitungen und der Telephonkabel senken sich jetzt bald die festen Betonklöppe, die später die Hochhäuser tragen sollen. Die ersten Arbeiten an den Hochhäusern beginnen jetzt, bald werden die stählernen Rippen über den Erdboden steigen und die Bauflächen verschließend bis in den sechsten, ja bis in den zehnten Stock hochragen. An die Stelle des längst abgerissenen Hauses mit den 99 Schloßköpfen wird dann ein zehnstöckiges Bürohaus stehen. Mit Berlin muß immer mehr weichen, nur noch in den Nebenstraßen — aber auch dort schon überschattet von großen Bürohäusern — träumt noch das alte Berlin mit den einstöckigen Fachwerkhäusern. Und doch sind erst hundert Jahre ins Land gegangen, seit dieser Verkehrsknotenpunkt noch ein Viehmarkt war und den weniger schönen Namen Ochsenmarkt führte. Zwischen den Bastionen 9 und 10, vor dem Georgenidor, der Festung Berlin-Tolln war ein freier Platz, den die Berliner auf besondere Genehmigung zum Viehmarkt verwenden durften. Daher der Name Ochsenplatz. 1895 erhielt der Platz, der auch einigen Berliner Regimenter als Paradeplatz diente, zu Ehren des Kaisers Alexander I. von Rußland seinen heutigen Namen.



Blick vom Alex auf die freigelegte Königstraße

Häuser weichen. An die Stelle der niedrigeren Häuser werden Bürohäuser mit vielen Läden und Warenhäuser gebaut. Der Verkehrsknotenpunkt einer Weltstadt wird durch die Anforderungen, die der Schnellverkehr heute stellt, zu einem teuren, technischen Bauwerk, dessen Kosten nach den Plänen von Stadtbaurat Dr. Wagner durch die den Platz umgebenden Hochhäuser ganz oder teilweise wieder aufgebracht werden sollen. Die Läden, Warenhäuser und Lokale werden die den Platz passierenden Menschenmassen anziehen und dadurch soll dem Viehverkehr auf dem Platz ein Standverkehr entgegengesetzt werden.

Durch den Abbruch der alten Häuser wurde auch der längst projektierte Durchbruch nach der Großen Frankfurter Straße möglich. Auch in der Königstraße mußten einige Häuser wegen der umfangreichen unterirdischen Bauarbeiten niedrigergerissen werden. Dadurch wurde der Durchblick vom Alexanderplatz in die Königstraße und auf den Hochfeldebau des Rathauses frei, der in unserem Bild festgehalten ist.

Als der Verkehr durch die Bebauung der nördlichen Gebiete Berlins sich am Alexanderplatz immer mehr zusammenbrängte, wurde der Platz mehrfach umgebaut. Trotzdem können die dreißig Straßendammstraßen und neun Autobusverbindungen, die heute den Platz überqueren, weder den Massenverkehr bewältigen, noch sind die Raumverhältnisse einer solchen Verkehrsdichte angepaßt. Die BAB mußte gerade am Alexanderplatz auf den weiteren Ausbau des Schnellbahnnetzes drängen. So wurde die Schnellbahnverbindung nach Lichtenberg weitergeführt und am Alexanderplatz ein großer Umsteigebahnhof angelegt. Diesen umfangreichen unterirdischen Bauarbeiten mußten eine ganze Reihe

verantworten. Da er damals schon vorbestraft war, kam Rückfall in Frage, so daß das Gericht keine Möglichkeit hatte, den Fall wegen geringfügigkeit einzustellen.

Das Gericht erkannte erfreulicherweise auf die geringste zulässige Strafe, auf drei Monate Gefängnis, und billigte außerdem noch eine Bewährungsfrist zu.

Nur Gefängnis für einen Schurken. 10 Jahre Zuchthaus beantragt gegen Westerberger.

In dem Prozeß gegen die sieben Nationalsozialisten wegen des Ueberfalls auf den Straßenhändler Heimburger verurteilte das Schwurgericht II den Angeklagten Westerberger wegen Totschlags und schweren Landfriedensbruchs in Tateinheit mit Raufhandel zu fünf Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust. Die weiteren Angeklagten wurden wegen schweren Landfriedensbruchs in Tateinheit mit § 27 verurteilt und zwar der Angeklagte Timpe zu zwei Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust, Burchardt zu zwei Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust, Jäger zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis, Riese zu einem Jahr Gefängnis, Winkler zu neun Monaten Gefängnis, Diedrich zu einem Jahr Gefängnis. Außerdem erhielten die letzten drei Angeklagten ebenfalls drei Jahre Ehrverlust. Der Staatsanwalt hatte gegen Westerberger zehn Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust beantragt.

Der Mord an Heimburger — denn ein Mord im volkstümlichen Sinne war das, trotz der juristischen Qualifikation eines Totschlags — ist unter den politischen Arbeitermorden der letzten Jahre vielleicht die gemeinste und verächtlichste Bluttat einer verwerflichen politischen Jugend, die, verhebt durch ihre verantwortungslosen Führer und durch eine verantwortungslose Presse, jede Achtung vor dem menschlichen Leben verloren hat. Hier ist nicht in der Erregung eines Wortwechsels oder im Verlauf einer tätlichen Auseinandersetzung ein Parteigänger zu Tode gekommen; hier ist ein Arbeiter, der ruhig seines Weges ging, ohne durch irgendein Abzeichen seine Parteigehörigkeit nach außen nur kundzutun — denn Heimburger war in Wirklichkeit parteilos —, nur aus dem Grunde angefallen worden, weil einige blutdürstige Gesellen ihren kampflustigen Tag nicht, ohne Blut gesehen zu haben, abschließen wollten. Kurz vor dem Tode hatte der Staatsanwalt, als er zur Begründung seiner hohen Strafanträge — 10 Jahre Zuchthaus für Westerberger — die vor kurzem in einem Blatte veröffentlichten Zahlen politischer Bluttaten von nur einer Woche erwähnte: 5 Tote, 36 Schwerverletzte, 75 Leichtverletzte, also 116 im Laufe von nur einer Woche. Es gibt kein zweites Land in der Welt, in dem politische Gegenätze in einer Weise ausgetragen werden, wie es im Augenblick in Deutschland geschieht. Man kann ein Gegner der Abschreckungstheorie sein. Wo es sich aber wie hier um Menschen handelt, die aus fassungslosender politischer Zweckmäßigkeit oder aus Gründen politischer Berührung zu Kampfmitteln greifen, die Gesundheit und Leben ihrer Mitmenschen gefährden, können hohe Strafen unter Umständen Hemmungen schaffen. Zum Schluß noch eine Anmerkung: Angesichts dieses Urteils gegen den physisch rauen Heimburger-Mörder ist das vor zwei Tagen gefällte Urteil gegen den Arbeiter Nazial um so unverständlicher. M. erhielt 2 Jahre Gefängnis, weil er mit dem Revolver sich einer Uebermacht von 25 Nationalsozialisten erwehrt. Westerberger, der gemeinsam mit seinen Gefolgsleuten einen Wehrlosen erdolcht hat, erhielt nur 5 Jahre Gefängnis. Vorsitzender des Landgerichts II, das diese beiden Urteile gefällt hat, ist Landgerichtsdirektor Schneider.

Vor elf Jahren ...

Um einer Kleinigkeit willen vors Reichsgericht.

Wegen einer Bagatelie, die nicht weniger als elf Jahre zurückliegt, ist sogar das Reichsgericht in Bewegung gesetzt worden!

Ein Arbeiter Otto Hermanns hatte am 5. August 1919 bei einem Landwirt in Hersfelden in Thüringen gearbeitet. Das Jahr 1919 war sehr bewegt. Kleidungsstücke gehörten damals zu den Seltenheiten, und Hermanns, der sich nichts anschaffen konnte, da er wenig verdiente, stahl nun seinem Dienstherrn verschiedene Sachen. Es handelte sich um einige Paar Schuhe, einen Wollmantel und einen Rock, um Gegenstände, die bereits ge-

tragen waren und sehr mitgenommen aussahen. Der Landwirt stellte Strafantrag gegen Hermanns, der inzwischen für die Behörden unsichtbar blieb. Er war aus Thüringen verschwunden. Darüber vergingen mehrere Jahre. Hermanns tauchte dann schließlich in Berlin auf, wo er in einem Vorort Wohnung nahm. Das Strafverfahren gegen ihn hatte aber keinen Fortgang genommen und sollte nun vor dem zuständigen Amtsgericht in Thüringen, in dessen Bereich damals die Tat geschehen war, zur Aburteilung kommen. H., der den weiten Weg nicht antreten wollte, wandte sich schließlich an das Reichsgericht mit der Bitte, vom zuständigen Amtsgericht seines Wohnortes verurteilt zu werden. Seine Eingabe hatte Erfolg, so daß sich endlich das Schöffengericht Lichtenberg, das als zuständiges Gericht in Frage kam, mit dem Fall befaßte. Hermanns hatte sich wegen Diebstahls zu

SINCLAIR LEWIS

DER ERWERB

ROMAN

Er sah sie kühn und half ihr aufstehen; dann folgte er ihr die Treppen hinauf. Auf dem letzten finsternen Treppenabsatz unterhalb des Daches umschlang er sie mit beiden Armen und küßte sie. Sie war betroffen, daß sie nicht das Verlangen hatte, seinen Kuß zu erwidern, daß seine Leidenschaft sie nicht ansteckte. Noch während sie ängstlich und erschrocken da stand, küßte er sie abermals, und sie gab sich seinen Küßen hin; ihre kalten Lippen öffneten sich verlangend.

Dann fuhr sie entsetzt zurück — entsetzt vor allem über sich, weil sie sich so hatte küssen lassen.

„Du zitterst so ordentlich unter meinen Küßen!“ stüsterte er erschrocken.

„Nein!“ leugnete sie. „Das hat nichts zu bedeuten.“

„D, ja doch, und du weißt es. Ich mußte dich küssen. O, Liebste, wir sind beide so einsam! Küß mich!“

„Nein, nein!“ Sie hielt ihn von sich ab.

„Ja, sag' ich dir!“

Da umschlang sie seinen Hals mit beiden Armen, legte ihre Wangen an sein Kinn und freute sich unbändig an diesem männlich rauhen Kinn, dem derben Stoff seines Rockes, dem Männergeruch an ihm — Tabak, Seife und Haare. Wieder öffnete sie ihm ihre Lippen. Langsam zog sie den Arm von seinem Hals weg und seinen Arm von ihrer Wite.

„Walter,“ sagte sie klagend, „ich hab' mich so nach dir gefehnt. Aber du mußt gut sein zu mir — auch nicht mehr küssen — nicht jetzt zumindest, wenn ich vor lauter Sehnsucht nach dir zu schwach bin, um zu widerstehen. . . . Oh, es war nicht schlecht, nicht wahr, daß wir so sehr nach einander verlangten? War es unrecht von uns?“

„Oh, nein — nein!“

„Aber nicht wieder — lange nicht wieder. Ich will, daß du mich achtest. Vielleicht war es recht so, du Lieber, aber es war schrecklich gefährlich. Komm, gehen wir noch einen Augenblick aufs Dach in die süßliche Luft hinaus, dann mußt du nach Hause.“

Sie traten auf das flache, Kiesbestreute Dach hinaus; rings

um sie strahlte aller Glanz der Stadt; und Hand in Hand standen sie, im zarten Glücksgefühl gegenseitigen Vertrauens, in Anbetung vor dem Frühling.

„Du Liebe, du“, sagte er. „Wie ein Räuber komme ich mir vor. Ich bin eingebrochen durch die Hecke um deine Seele und nun bin ich in einem Garten — dem süßesten, schattigsten Garten. . . . ich werde versuchen, gut zu sein — zu dir — und um deinetwillen.“ Er küßte ihre Fingerspitzen.

„Ja, du hast mich überrumpelt. Zuerst war es nur eben ein Kuß und — oh, es war der Kuß, und weiter nichts. Oh, laß mich noch in dem kleinen Garten wohnen.“

„Hab' Vertrauen zu mir, Liebste.“

„Ja, ich vertraue dir. Komm. Ich muß hinuntergehen.“

„Darf ich dich besuchen kommen?“

„Ja.“

„Geld, hör' zu“, sagte er, als sie unten vor ihrer Türe angefangen waren. „Wann immer du mich heiraten willst — ich kann es dir nicht raten — ich glaube, ich hätte die besten Absichten, aber ich bin der ungeschickteste Mensch von der Welt, wenn ich einen Hammer in die Hand nehmen soll. . . . doch wann immer du mich heiraten willst, laß es mich einfach wissen, ja? Nicht daß es sehr wichtig wäre; wichtig ist einzig und allein, daß ich dir einen Gutenachtkuß geben will.“

„Nein, wichtig ist, daß ich nur keinen werde geben lassen! . . . nicht heute. . . . gute Nacht, Liebster.“

Sie riß sich los und lief in die Vorhalle hinunter. Dann schlich sie auf den Zehenspitzen ins Wohnzimmer, wo sie grübelnd eine Stunde lang still saß; sie schämte sich ein wenig, daß sie seine Küße so wild erwidert hatte, und sehnte sich doch wieder nach der Berührung seiner scharfgezeichneten Lippen. Manchmal sagte sie sich in bitterer Aufrichtigkeit, daß Walter niemals auch nur daran gedacht hatte, sie zu heiraten, bevor jener Kuß seine Leidenschaft entflammte. Sie schwor sich zu, daß sie sich der Liebe nicht ganz hingeben wollte; daß sie ihn fernhalten würde, damit er ihren kostbaren, kleinen Vorrat an Reue und Barmherzigkeit schätzen lerne. Doch Leidenschaft und Sorge zusammen gingen auf in einem einzigen Gebet für ihn. Sie kniete am Fenster, bis ihr Einzelschicksal sich mit dem der Millionen Liebenden der Stadt vermischte.

Klang in seiner Stimme, wenn er ihr diktierte, und einmal küßte er sie hinter der Bürotüre. Aber ihre Leidenschaft machte keine Fortschritte. Sie konnten einander nicht necken und nicht heiser lachend miteinander flirten wie das Telephonfräulein mit dem Aufzugwärter.

Täglich bat er sie, mit ihm zum Abendessen auszugehen, ihm zu erlauben, daß er sie besuche; und noch einer Woche gestattete sie ihm, zu kommen.

4.

Als Una ihrer Mutter beim Abendessen sagte, daß ein junger Herr aus dem Büro — eigentlich Herr Wabson, der Redakteur, dessen Diktate sie schrieb, — an diesem Abend kommen würde, sah Frau Golden sehr erfreut aus und sagte: „Das ist aber nett! Ja, warum hast du der Mutter nie erzählt, daß er sich für dich interessiert?“

„Nun, wir arbeiten gewissermaßen zusammen. . . .“

„Ich hoffe, er ist ein netter, anständiger junger Mann, nicht einer jener Großstadtmenschen, die herumflirten und Cocktails trinken und Gott weiß was alles!“

„Ja, hm — ich bin ganz überzeugt, daß er dir gefallen wird. Alle Leute sagen, daß er der geschickteste Mann in der Redaktion ist.“

„Ist er — bezieht er ein hohes Gehalt?“

„Aber Mutchen, ich verflühere dir, ich habe keine Ahnung! Woher sollte ich das wissen?“

„Nun, ich hab' ja nur gefragt. . . . Ziehst du dein weißrotes Kreppkleid an?“

„Glaubst du nicht, daß das braunseidene passender wäre?“

„Ja, weißt du, Una, ich möchte eben gerne, daß du so hübsch wie möglich aussehest! Du mußt doch trachten, einen guten Eindruck zu machen.“

„Nun, vielleicht hast du recht“, sagte Una folgsam.

Obwohl Frau Golden ihr ganzes Leben in der Provinz verbracht hatte, besaß sie einen viel besseren Geschmack für Kleider als ihre ein wenig derbe Tochter. Solange sie nicht allein zu Hause gelassen wurde, war sie selbstlos genug, Unas Interessen zu den ihren zu machen. Sie stieß über die zerrißene Spitze auf Unas Kreppkleid unzählige Ahs und Ohs aus und stopfte sie mit stinken, geschickten, lachhaften Bewegungen ihrer Finger. Sie bemühte sich, Unas Haar vorförmlich zu frisieren, so daß das helle Gold in weichen, großen Wellen schimmerte, und sie war ebenso erregt wie Una, als sie Walters eilige Schritte auf dem Treppenablaß hörte, sein nervöses Klopfen an der Türe, sein Laufen nach der Wode.

(Fortsetzung folgt.)

Mörder Goldbach wieder verhaftet.

Ein zu lebenslänglichem Zuchthaus Verurteilter.

Am Mittwochmittag wurde der seit 3 1/2 Monaten gefugte Mörder Kurt Goldbach in der Nähe des Hotels Kaiserhof festgenommen und dem Polizeipräsidium eingeliefert.

Goldbach hatte in der Nacht vom 7. zum 8. Februar 1923 am Jakobikirchplatz den Berliner Polizeiwachmeister Steiner erschossen. Zwei Wochen später erreichte den Verbrecher aber sein Geschick. Zusammen mit einem Komplizen verließ er in der Boppstraße einen Geldschrankbruch. Hausbewohner bemerkten verdächtige Geräusche und alarmierten die Polizei. Goldbach versuchte zu flüchten, ehe er jedoch von seiner Waffe, die er stets geladen bei sich trug, Gebrauch machen konnte, wurde er festgenommen und gefesselt abgeführt. Wegen des Mordes war Goldbach zu lebenslänglichem Zuchthausstrafe verurteilt worden. Drei Jahre verbrachte er im Zuchthaus Brieseg, wo es ihm auf unerklärliche Weise gelang, zu fliehen. Seine Spur führte nach Oesterreich, wo er dann auch bald ergriffen und ausgeliefert wurde. Da sich bei Goldbach scheinbar Spuren von Hysterie zeigten, wurde seine Ueberführung in die Irrenabteilung des Moabiters Zellengefängnisses angeordnet. Die Gelegenheit benutzte Goldbach, der zweifellos stimuliert hatte, um abermals die Flucht zu ergreifen.

Eines Nachts brach in der Krankenstation ein offenbar angezettelter Tumult aus. Die Kranken Höflinge tobten fast eine Stunde lang und die Aufregung war Goldberg für eine erneute Flucht sehr günstig. Zusammen mit einem gewissen Schröder durchdrang er die Traillen und beide ließen sich an zusammengeknüttelten Bettlaken in die Tiefe. Während Schröder schon nach wenigen Tagen wieder festgenommen wurde, blieb Goldbach von dem Tage an spurlos verschwunden.

Gestern haben nun Kriminalbeamte, die sich auf einer Streife befanden, in einem Privatauto am Kurfürstendamm zufällig den gefugten Goldbach. Sie erkannten ihn sofort, obgleich er sein Äußeres sehr verändert hatte. Der Wagen wurde nun von den beiden mit einer Autodrohke unauffällig bis zum Hotel Kaiserhof verfolgt. Als Goldbach aussteigen wollte, wurde er von den Beamten überwältigt, noch bevor der vor keiner Gewalttat zurückweichende Mensch in die Tasche greifen und seine Waffe ziehen konnte. Bei einer Leibesvisitation fand man bei ihm eine Maschinenpistole, die mit neun Schuß geladen war, eine Anzahl Reservemagazine sowie gutes Einbruchswerkzeug.

Motorbootunglück auf der Spree.

Der Besitzer in der Dunkelheit ertrunken.

In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch ereignete sich auf der Spree oberhalb der Stubenrauchbrücke ein schweres Motorbootunglück, das erst jetzt bekannt geworden ist.

Der Speisehändler Ziembar aus Köpenick, Grünauer Straße 64, befand sich gegen Mitternacht mit seinem Motorboot auf der Heimfahrt. Etwa 20 Meter hinter der Stubenrauchbrücke stieß das Motorboot mit einem aus entgegengesetzter Richtung kommenden Motorschleppkahn der Ziegeltransportgesellschaft zusammen. Die Spitze des Motorbootes wurde völlig eingedrückt und noch ehe die Befahrung des Rahms recht erkannte, was eigentlich geschah, war das Motorboot gesunken. Von dem Führer des Bootes war nicht die geringste Spur zu entdecken. Der Steuermann des Motorschleppkahn stoppte sofort ab; die Suche nach dem Verunglückten blieb in der Dunkelheit jedoch erfolglos. Am Mittwoch konnte die Leiche des Händlers und auch das gesunkene Boot durch den Reichswasserfischerei geborgen werden.

Wie die bisherigen polizeilichen Ermittlungen auf Grund von Zeugenaussagen ergeben haben, hat Ziembar den Zusammenstoß verschuldet, da er ohne Licht und auf der falschen Stromseite gefahren ist.

Schönebergs neues Stadtbad.

Der Bezirk Schöneberg hat seinen sehnlichen Wunsch, ein eigenes Schwimmbad zu haben, verwirklichen können! Auf dem Grundstück Hauptstraße 36 ist, von außen wenig sichtbar, da zwei kleine Häuser vorgelagert sind, der Neubau entstanden.

Die Notwendigkeit, in Schöneberg ein Schwimmbad zu erbauen, ist im „Vorwärts“ wiederholt dargelegt; mohnen doch im Bezirk tausende Familien in Altmohnungen, die ohne Badeeinrichtung erbaut wurden. Ein Bad konnte aber nur errichtet werden, wenn es gelang, die Baukosten so weit wie möglich einzuschränken. Für den Bau war dies Programm gestellt: Zum ersten den Einwohnern Badegelegenheit zu bieten, dann den Schwimmunterricht, der in den Schulen pflichtgemäß eingeführt ist, auch durchzuführen zu können, drittens aber auch für die Kranken die notwendigen medizinischen Bäder verabreichen zu können. Hinzu kam noch, daß auch für sportliche Betätigung eine Stätte geschaffen werden sollte. Die Falsche ist in Kleinfestein ausgeführt, und zwar ist der billige Mundstein verwendet worden, der aber gerade durch seine verschiedene Farbnuancen dem Gebäude einen eigenen Reiz verliehen hat. Für die Grundrissgestaltung des Baues war maßgebend, daß eine leichte Orientierung möglich ist und die Badenden erst nach Durchschreitung der Umkleekabinen und Reinigungsräume in das eigentliche Schwimmbad gelangen können.

Die Schwimmhalle selbst ist 41 Meter lang, 18 Meter breit und 10 Meter hoch und hat ein Bassin von 33 1/2 Meter Länge und 12 Meter Breite. Die Schwimmhalle hat auf allen Seiten Fenster, die bis zur Decke reichen, und an der Südwestseite eine Veranda, auf der Sonnenbäder genommen werden können. Die medizinischen Bäder sind im ersten und zweiten Geschoss untergebracht und enthalten neben elektrischen Licht, Heißluft- und Dampf-bädern auch Einrichtungen, um Kohlensäure, Moor- und Schwefelbäder zu nehmen. An diese Abteilung sind behagliche Kabinen angeschlossen. Der ganze Bau ist aus Ersparnisrücksichten mit billigem Material hergestellt, und trotzdem sind durch die verschiedensten Farben die Räume freundlich ausgestattet. Für den ganzen Bau waren 130 000 Mark erforderlich. Entwurf und Bauleitung lagen in den Händen des Stadtbaurats Professor Lassen, der auch bei der Führung der Presseortreter die Erläuterungen gab.

Die Bauarbeiten sind fast abgeschlossen, lediglich die Maler arbeiten noch. Das neue Stadtbad wird schon in den nächsten Tagen seine Pforten öffnen!

Zu dem entsetzlichen Selbstmord in einem Warenhaus am Hermannplatz erfahren wir noch, daß der Lebensmüde als ein 30jähriger Arbeiter Paul Breiung aus der Bismarckstraße 21 in Neukölln festgestellt worden ist. Die Gründe zu der Verzweiflungstat sind noch unbekannt, da Breiung nichts hinterlassen hat, was darüber Aufschluß geben könnte.

Fahrt mit unseren Kücken.

Am Jugendheim, dicht bei der Omnibushaltestelle, hüpfen kleine Räder und Jungen in blauen Kleidern und Ruten aufgeregt hin und her. Mit lautem Jubel werden die Helferinnen begrüßt. Wie der Wind sind bald darauf alle im Autobus verschwunden. Das Abfahrtszeichen ertönt, das Auto saust los. Drinnen sitzen unsere Kinder und haben strahlende Augen und lachende Gesichter. Nun rattert der Wagen über das schlechte Pflaster einer Chaussee. Bald ist die „Endstation Hermsdorf“ erreicht. „Alles aussteigen!“, dreiundzwanzig Kücken mit zwei Helferinnen werden gezählt. Es stimmt. Wo los! Lotte nimmt die Klampe und mit fröhlichem Gesang geht es durch die stille Siedlung. Kaum sind wir am Waldbrand, als die Kücken einstimmig behaupten: „Wir müssen raften!“ Also erste Raft unter schattigen Bäumen. Schnell werden die Rucksäcke ausgepackt und alle eßbaren Herrlichkeiten auf dem Waldboden aufgestapelt.

„Wer spielt mit Bollerball?“ Klingt nach einiger Zeit Friedes frische Stimme durch den Lärm. Bubi ist der erste, der „ich“ schreit. Verlassen liegt der Raftplatz, unsere Kinder spielen mit größter Begeisterung Bollerball. Schließlich aber geht es doch weiter, denn der Platz ist nicht allzu schön. Die Rucksäcke werden aufgeschlupft und lustig singend zieht die Schaar in den Wald. Da, mitten im Walde, ein schöner Kalenplatz. „Hier können wir bleiben!“ Mit Freudenbegehrt werfen sich die „halboverhungerten“ Kücken auf das Gras und beginnen wiederum mit dem Rucksackauspacken. Mittagbrot, Heinz und Rudi haben sich inzwischen verkrümelt und kommen nun von einer Entdeckungsreise zurück. „Kinnings, im Wald können wir Höhlen bauen, einfach knork!“ Höhlen bauen! — Sofort ist die Mittagsruhe vorbei. Einsam und verlassen liegen die Rucksäcke auf der Wiese. Im Wald dagegen herrscht ein Leben wie im Bienenkorb. Von allen Seiten werden Holz und Moos herangeschleppt und in ganz kurzer Zeit sind zwischen den Bäumen drei kleine Höhlen entstanden. Da kommt heini aemlos angelaufen: „Die aus Höhle eins wollen uns angreifen, einen von uns haben sie schon geraubt!“ In den beiden anderen Höhlen berechnete Empörung. Gemeinam geht man gegen die Räuber vor, die sofort die Flucht ergreifen. Ein regelrechter Plan wird ausgeheckt. Boten und Posten ausgefandt, die Räuber umzingelt, bis sie nach fast einer Stunde gefangen sind. Mit hochroten Gesichtern, eifrig diskutierend, zieht alles zur Wiese zurück. Einträchtig sitzen die eben noch feindseligen Heerscharen beisammen und füttern.

Einige erklären, daß Lotte unbedingt mit ihnen zur Siedlung müsse, um Trinkwasser zu holen. Lotte sieht das ein, und mit Flaschen bewaffnet zieht man hinüber zur Siedlung. Freundliche Menschen erfüllen den Kindern gern die Bitte um Wasser und mit großem Hallo geht es zurück, wo die anderen schon sehnsüchtig warten. Bei Singen und Spiel vergeht eine schöne Stunde, bis Plesbeih zum Aufbruch mahnt. Schweren Herzens packt man die Sachen zusammen und stellt sich auf. Doch als wir durch die Sied-

lung ziehen und es laut in die Gärten klingt: „Wir sind das Bauvolk der kommenden Welt“, als die Leute erlaucht über die Jäme gucken und gar, als der Schaffner an der Haltestelle uns mit „Freundschaft!“ begrüßt, da strahlen aus den Augen unserer Kücken wieder Freude. Unter Lachen und Singen und fiebernd vor Erwartung, Vater und Mutter das Erlebte zu erzählen, geht es wieder zurück in die endlosen Straßen der grauen Weltstadt, die wohl, wenn alle Kinder, die heute noch fern von uns auf engen Höfen träumen, zu uns kämen, widerhallen müßte vom Jubel erwachter, lebensfroher und echt sozialistischer Jugend.

300 kleine Wanseeaten!

Das Bezirksamt Tiergarten hat einen guten Gedanken gehabt, als es seine Ferientinder ins Freibad Wannsee schickte. An diesem schönen Badestrand ist nämlich ein Plätzchen für die Kinder reserviert, der ihnen während der Ferien ganz allein gehört. Die Ferienkolonie ist dem linken Flügel des Neubaus angegliedert und besitzt ihren eigenen Badestrand, vom Freibad vollständig getrennt. Es sind 300 Kinder, die von zwei Sammelstellen aus, von einer Schule in der Steinmehlstroße und einer Schule in der Bochumer Straße, täglich hinausfahren; der Aufenbalt währt von 8 Uhr morgens bis gegen 6 Uhr abends. Die Fahrt, Aufenthalt und Verpflegung ist vollständig kostenlos, die vom Jugendamt getroffene Auswahl der Kinder im Alter von sechs bis vierzehn Jahren beschränkt sich auf sozial gefährdete und erholungsbedürftige Kinder.

Eine Anzahl jüngerer Helfer und Pflegerinnen unter Leitung des Jugendpflegers Gebel, der zum vierten Jahr die Kolonie bezieht, betreut die kleine Schaar, die in großer Geselligkeit zusammenhält. Die schönsten Unterbrechungen des Ferientages sind die Mahlzeiten, die im Wandelgang des Neubaus eingenommen werden. Die Verpflegung erfolgt vom Restaurant des Neubaus aus. Es ist ein eigener Koch für die Kinder da, der nach Motters Rezept daheim gut und kräftig kocht. Zum Frühstück erhält jedes Kind dreiviertel Liter Milch; mittags gibt es ein Eintopfergericht, kräftig und schmackhaft zubereitet, nachmittags gibt es Kaffee oder manchmal Kakao und drei Schrippen. Bei den Mahlzeiten wird viel Wert auf frisches Gemüse gelegt; der Küchensettel nennt u. a. folgende Gerichte: Donnerstag, 3. Juli: Rudein in Brühe mit Rindfleisch; Montag 7. Juli: Weiße Bohnen mit Kaffeeleer Kamm und Kartoffeln; Mittwoch, 9. Juli: frischer Birsingkohl mit Rindfleisch und neue Kartoffeln. Wenn der Koch mittags zufrieden durch die Reihen seiner kleinen Gäste schreitet, wird ihm von allen Seiten zugejubelt. Mit Bedauern sei festgestellt, daß am Sonnabend und Sonntag die Ferienkolonie geschlossen ist, weil der Massenandrang des Fußstums zum Freibad die Kinder gefährdet.

Flugzeugführerin tödlich abgestürzt!

Ein schweres Unglück in Dessen.

Darmstadt, 16. Juli.

Mittwoch, mittags, kurz nach 12 Uhr, stürzte ein Flugzeug in der Nähe der Heißerwühle ab. Die Maschine war von der 33jährigen Paula Ritter aus Döblingen gesteuert, die bei dem Absturz den Tod fand.

Nach Aussagen von Landarbeitern setzte der Motor plötzlich aus, worauf die Führerin versuchte, im Gleitflug zu landen. Anscheinend ist die Maschine in den Baumwipfeln hängen geblieben und dann abgestürzt. Die Flugzeugführerin war völlig zwischen den Teilen der zertrümmerten Maschine eingeklemmt. Das Flugzeug trug die Bezeichnung „Deutsche Luftfahrt-Gesellschaft 909 Hermann Röhl“.

Zweitausend Mark Belohnung.

Falsche Zweimarkstücke im Umlauf.

In Berlin tauchen seit einiger Zeit falsche Zweimarkstücke auf, die — im Prägeverfahren hergestellt — verhältnismäßig gut nachgemacht sind. Die Hauptkennzeichen der falschen Geldstücke sind folgende: Sie tragen die Jahreszahl 1926 oder 1927, haben aber stets das gleiche Münzzeichen, nämlich „A“. Die Stücke sind meist bis zu einem halben Gramm schwerer als die echten Stücke, die ein Söllgemischt von 10 Gramm haben. Die falschen Stücke sind nach der Vorderseite zu gewölbt, auf der Rückseite, der Aderseite, fehlt ein großer Teil der Randperlen. Die ersten Stücke sind in Berlin-Neukölln in der Gegend der Belfer, Widenbruch und Laubestraße ausgegossen. Für Mitteilungen, die zur Ergreifung der Fälscher führen, hat der Reichsfinanzminister eine Belohnung von 2000 Reichsmark ausgesetzt. Diese Auslobung gilt jedoch nur für die hier beschriebene Fälschung und nicht auch für andere Metallgeldfälschungen. Mitteilungen, die auf Wunsch streng vertraulich behandelt werden, erbittet Kriminalkommissar von Liebermann, Berlin, Alte Leipziger Straße 16 I, Telefon Merkur 3739.

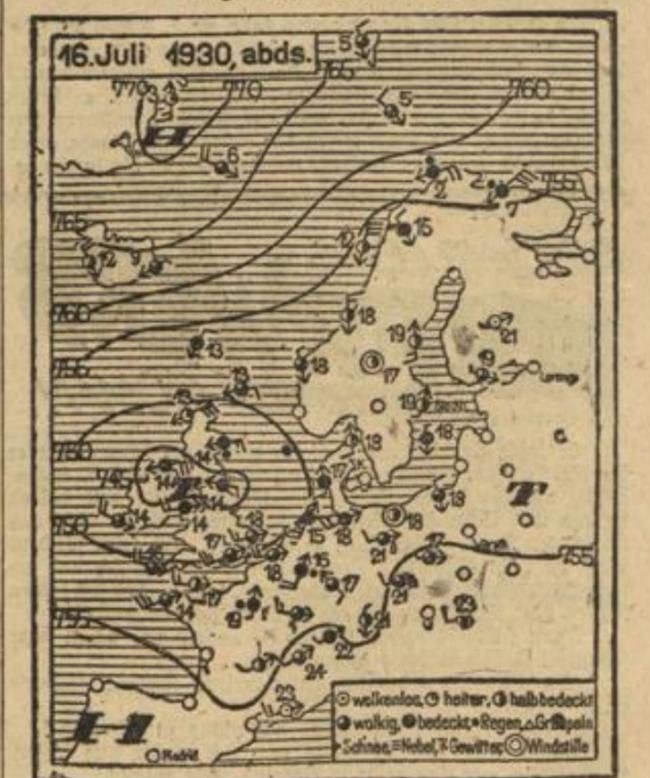
Buschs Erben verzichtet.

Die Pfändungsbeschlüsse, die über die Hinterlassenschaft des ehemaligen Stadtrats Busch neuerdings auf Antrag der Stadt Berlin verhängt worden sind, haben den Streit um das Erbe des einstigen städtischen Grundstücksdezernenten jetzt insofern zur Erledigung gebracht, als sich die Alleinerbin, nämlich die Witwe, auf Anraten von Justizrat Werthauer entschlossen hat, bei Gericht die Einsetzung einer Nachlassverwaltung zu beantragen. Nach Lage der Dinge bedeutet dieser Schritt, daß Frau Busch mit der ganzen Angelegenheit nichts mehr zu tun haben will, und daß alles, was an Vermögenswerten des Verstorbenen noch feststellbar ist, zur Befriedigung von Gläubigern oder Geschädigten herangezogen werden kann. Das Gericht hat dem Antrage der Erbin stattgegeben und als Nachlassverwalter den Rechtsanwalt Erich Wohl eingesetzt, der sich nun mit dem Finanzamt und der Stadt Berlin auf der einen, sowie mit dem Holländer Luffie auf der anderen Seite auseinandersetzen haben wird.

Der Männer-Gesangverein „Berliner Liederkreis“ e. V., Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes, veranstaltet am Freitag dieser Woche, 19 1/2 Uhr, im Stadtpark Lichtenberg an der Rüdenborfstraße ein Freiluft-Konzert.

Von den ausländischen Bewerbern zum Internationalen Rundflug 1930 traf gestern nachmittag als erster um 15,50 Uhr der Engländer A. S. Butler auf seiner „Moth“ in Staaken ein. Bis zum Abend waren außer seiner Maschine noch 14 deutsche Flugzeuge von der Sportleistung abgenommen worden. Kurz nach 19 Uhr erschienen hintereinander die Polen, (ad zwar die Flieger Karpinski, Babiniski, Bajan und Zwirko, der Weltrekordmann. Ihnen folgten zwei Arabo-Maschinen mit den Piloten Dr. Pafewaldt und Stuh. Das Gros der Teilnehmer am Europaflug dürfte am heutigen Donnerstag in Staaken eintreffen.

Allgemeine Wetterlage.



Ueber England liegt ein ziemlich kräftiges Tief. An seiner Südseite strömt ein neuer Schwall ozeanischer Luft nach Osten. Am Mittwoch hatte er bereits im Nordwesten von Deutschland Regen gebracht. In den nächsten Tagen dürfte auch das übrige Deutschland in den Bereich dieser neuen ozeanischen Luftmasse gelangen. Da aber die Luftzufuhr meist aus Westen bis Südwesten erfolgt, werden die Temperaturen nicht wesentlich sinken.

Wetter für Berlin: Meist stark bewölkt und vielfach leichte Regenschauer, Temperaturen im ganzen wenig verändert. Südwestliche bis westliche Winde. — Für Deutschland: Im äußersten Süden teils heiter, teils wolkig und trocken, sonst wechselnd bewölkt mit einzelnen Regenschauern.

Zur natürlichen Ernährung der Haut sollte man vor und nach der Beseinnung die Haut insbesondere Gesicht und Hände mit Creme Peodor gründlich ein; man ergibt dann ohne lächerliche Mühe eine gesunde, sonnengebräunte Hautfärbung. Creme Peodor, Tube 60 Pf. und 1 Mark, Peodor-Gelb-Seife 60 Pf. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

Heilung der Wirtschaftskrise.

Falsche Ärzte und Rezepte. — Die Monopolpreissenkung bleibt Zentralaufgabe.

Der Angriff der Unternehmer auf einen Abbau der Löhne wird mit unverminderter Heftigkeit fortgesetzt. In der Öffentlichkeit wird immer wieder der Lohnabbau als der einzige Weg zur raschen Krisenüberwindung dargestellt. In diesen Gedankengängen bewegt sich auch ein kürzlich im „Deutschen Volkswirt“ erschienener Aufsatz von Dr. Alexander Rüstow (Verein Deutscher Maschinenbauanstalten). Wir wollen nur den Grundgedanken der Ausführungen wiedergeben und zu ihm Stellung nehmen. Rüstow will nicht etwa eine Preisentlastung als Äquivalent für die Lohnsenkung (er denkt wohl in erster Linie an die eisenverarbeitende Industrie), sondern der

Lohnabbau soll zur Erweiterung des Rentabilitätspielraums.

zur Erhöhung der Gewinnaussichten und der Gewinnmarge dienen. Die jetzige deutsche Wirtschaftskrise wird in erster Linie auf eine Überhöhung des deutschen Selbstkostenniveaus zurückgeführt; diese überhöhten Selbstkosten haben zur Stilllegung ganzer Betriebe und Betriebsstellen geführt. Die Wiederbelebung dieser Betriebe in den Produktionsprozess ist nur möglich, wenn die Rentabilitätsaussichten gebessert werden. Die einzig mögliche Selbstkostenentlastung ist eine Senkung der Löhne. Diese Lohnsenkung wird die Wiederinbetriebnahme von jetzt stillgelegten Betrieben, eine Erweiterung des Absatzes unter geringfügigen Preiskonjessionen auf den Auslandsmärkten und eine Zurückdrängung ausländischer Waren auf dem deutschen Markt ermöglichen. Durch diese Absatzvermehrung würde die Krise abgeschwächt, ein neuer Aufschwung angebahnt und die Reallohnentlastung wieder ihre Ausgleich finden. So Rüstow.

Wir glauben zunächst, daß hier die Möglichkeiten einer industriellen Ausfuhrsteigerung sowie eines Erfolges der industriellen Einfuhr durch deutsche Waren und damit auch die Wirkungen auf eine Wiederinbetriebnahme der stillgelegten Betriebe weit überschätzt werden. Wir haben es heute mit einer Weltkrise zu tun, die sich in einer starken Zusammen schrumpfung des gesamten Welthandels äußert. Dabei ist in den ersten fünf Monaten dieses Jahres der Außenhandel der Vereinigten Staaten wertmäßig um 20 Proz., der Englands um 15 Proz. zurückgegangen, der Ausfuhrwert Deutschlands aber nur um etwa 3 Proz. Ein vierter Export von — um ein paar Beispiele zu nennen — Walzerwerkzeugen, Papier, Zement usw., würde die Weltmarktpreise noch weiter nach unten ziehen und die Exporterlöse dieser Kartellindustrien erhöhen. Eine für den Arbeitsmarktnennwert ins Gewicht fallende Belastung durch Zurückdrängung der Einfuhr ausländischer Industriewaren ist nicht mehr zu erreichen. Die Fertigungseinfuhr hat einen außerordentlichen Tiefstand erreicht, und insgesamt ist eine wesentliche Herabdrückung dieser schon außerordentlich zusammengekauften Einfuhrmengen bei einem in die Weltwirtschaft verflochtenen Industrielande kaum mehr vorstellbar.

Es ist also nicht zu erkennen, wie der hier vorgeschlagene Weg einer nennenswerten Absatzvermehrung und Aufsaugung der Arbeitskräfte führen soll. Nun werden überhaupt in den Gedankengängen, die den Lohnabbau als Mittel für eine fähbare inländische Preisentlastung empfehlen,

Die Gefahren einer weiteren Einschränkung des Massen-einkommens

vielfach aus einem zu engen Gesichtskreis heraus beurteilt oder ohne wissenschaftlich übersehen und unterschätzt. Am stärksten fliegen heute der Produktionsmittelindustrie die Anlagen brach. Hier: das Mißverhältnis zwischen Kapazität und Ausnutzung am stärksten, und hier wirkt auch der hohe Anteil der fixen Kosten besonders drückend. Wenn nun diesen Industriezweigen eine Preisentlastung mit einer Lohnreduktion erlaubt würde, so als Folge bei den Konsumgüterindustrien eine noch stärkere Beschäftigung eintreten, und in einer solchen Situation kann auch eine Verbilligung der Produktionsmittel nicht als Hebel für Investitionen wirken.

Einem solchen erschienenen Aufsatz der „Gewerkschaftszeitung“ ist erneut mit Recht darauf hingewiesen worden, daß jede weitgehende Verringerung des Lohneinkommens prozentual umgibt stärkere Einschränkungen des Aufwandes für industrielle Verbrauchsgüter nach sich ziehen muß, da nahezu 70 % der Ausgaben des Arbeitnehmerhaushalts von unein-schränkbareren Aufwendungen — Ernährung, Miete, Heizung, Bekleidung usw. — abstrahiert werden. Es ist nun einmal nicht möglich, daß — abgesehen von der unzureichenden Kapitalverfügung und der Vertrauenserschütterung — eine starke Disproportionalität zwischen den einzelnen Gliedern der Volkswirtschaftlichen Wirtschaftskrise besonders erschweren. Mit dem Wachstum der Kapazität der Produktionsmittelindustrie und ihrer durch die günstige Exportentwicklung erleichterten Absatzvermehrung haben die Konsumgütererzeugung und der Konsumgüterabsatz nicht Schritt gehalten, und jede Verringerung der Massen-löhne muß dieses Mißverhältnis auf die Dauer noch steigern.

Wir glauben, daß alle Empfehlungen für einen generellen Lohnabbau volkswirtschaftlich verfehlt sind, und daß alle Bemühungen um die an sich wichtige Erzeugung des äußeren und des inneren Marktes auf Grund von Lohnsenkungen infolge der unausbeheblichen weiteren Schwächung der Konsumkraft in das Gegenteil umschlagen müssen.

Die einzig wirksame Krisenbekämpfung liegt in der Ausschöpfung aller Möglichkeiten zur Arbeitsbeschaffung, der Erleichterung der Anstellenaufnahme und in der Anwendung der richtigen Mittel für die Senkung der Monopolpreise.

In allen Dingen müssen die Monopolpreise, die auch nach der Zeit des Konjunkturrückgangs heraufgesetzt wurden, endlich Anpassung an die veränderten Absatz- und Kaufkraftverhältnisse erfahren.

Bei den Baustoffen

wird auch heute noch Ziegel und Zement auf einem nicht zu fertigen Preisniveau gehalten. Die Preise für Zement und das vollkommen vom Zementumruhr beherrschte Zement sind seit Herbst vorigen Jahres zweimal um insgesamt 15 bis 16 % heraufgesetzt worden. Inzwischen haben sich die wichtigsten Rohstoffe der Zementherstellung, Autogene und Steinsalz, um 10 Proz. gesenkt, ohne daß auch nur seitens der Zementindustrie der geringste Preisabschlag vorgenommen wurde. Die Preiserhöhungen sind erst vor wenigen Monaten erfolgt.

Auf dem Gebiete der Kohle

tantr Braunkohle in Anbetracht der großen Nationalökonomie, der hohen Gewinne und der mehrfachen vorangegan-

genen Preiserhöhungen kein Zweifel darüber bestehen, daß hier eine Preisentlastung durchgeführt werden muß. Noch im Herbst vorigen Jahres hat das Reichswirtschaftsministerium der rheinischen Braunkohlenindustrie trotz schärfsten Widerpruchs der Öffentlichkeit mit Rücksicht auf die damalige günstige Braunkohlentendenz eine Preiserhöhung zugestimmt. In welchem Maße die Lohnkosten in der Braunkohlenindustrie herabgedrückt wurden, zeigt die Zusammenstellung im letzten Bericht des Reichskohlenverbandes. Seit 1925 ist nach dem Bericht des Reichskohlenverbandes zum Beispiel die Förderleistung im rheinischen Braunkohlenbezirk um etwa 65 Proz. gestiegen, der Lohnaufwand um nur rund 20 Proz. Ansehlich liegen die Verhältnisse in anderen Braunkohlentrevieren.

Daß in der Düngemittelindustrie, insbesondere beim Stickstoff und beim Kalzium, Möglichkeiten der Preisherabsetzung vorliegen, wird von Sachverständigen nicht bestritten.

Es ist ferner notwendig, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die

Entwicklung der Treibstoffpreise

hinguzulenken. Der deutsche Benzinpreis ist im Mai des Jahres um 5 Pf. bei einer steuerlichen Mehrbelastung von nur 3,81 Pf. erhöht worden. Trotz der neuen beträchtlichen Senkung

Die Kupferinternationale.

Der deutsche Konzern der Hirsch Kupfer- und Messingwerke A.-G. Berlin, dem Kupferkäufer unter dem Namen seiner deutschen Kleinvertriebsgesellschaft, der Richard Herbig u. Co. G. m. b. H., bekannt, hat seine Beziehungen zu dem englisch-belgischen Kupferblock weiter vertieft. Noch vor einem Jahr beherrschte Dr. Aron Hirsch mit einem Aktienbesitz im Nennwert von 7,76 Millionen die Muttergesellschaft des Konzerns, die ein Kapital von 12 Millionen hat, vollständig; im übrigen waren die Aktien des Unternehmens auf viele Hände verteilt. Aron Hirsch verkaufte dann Ende vorigen Jahres 4 Millionen Markt Aktien zu einem hohen Kurs an den britischen Chemietrust der 90 Proz. der (Nichtessen-) Metallindustrie in Großbritannien kontrolliert. Durch fortgesetzte Börsenkäufe vermehrte A. Hirsch und die ihm nahestehenden Banken in letzter Zeit ihren Aktienbesitz; so sind sie jetzt imstande, weitere 16—18 Proz. des Kapitals der leitenden Konzerngesellschaft an die belgische „Union Minière du Haut Katanga“ abzutreten, und dabei noch die Aktienmehrheit zu behalten. Ein Freundschaftsvertrag mit diesem im Kongogebiet arbeitenden Unternehmen war schon vor zwei Monaten abgeschlossen worden.

Die Haut-Katanga-Gesellschaft allein brachte es im letzten Jahr auf eine Produktion von 137 000 Tonnen Schmelzkupfer (fast das Siebenfache der Mansfeld-Produktion). 1928 betrug die Erzeugung des belgischen Unternehmens erst 112 000 Tonnen. In neuester Zeit wird sie trotz des niedrigen Preisstandes für Kupfer wieder stark forciert. Wie in der Generalversammlung der Haut-Katanga-Gesellschaft mitgeteilt wurde, lassen die Selbstkosten des Unternehmens auch bei dem augenblicklichen außerordentlich niedrigen Kupferpreis — eine sehr befriedigende Gewinnspanne!

Englische Arbeitslosigkeit wächst weiter.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen betrug am 7. Juli 1933 500, was eine Steigerung um 42 925 gegen die Vorwoche und um 789 254 gegen das letzte Jahr bedeutet.

Deutlicher, als durch diese englischen Ziffern, kann der internationale Charakter der Wirtschaftskrise kaum bewiesen werden. Am so unangenehm ist es, die deutsche Lohn- oder Steuerhöhe für die deutsche Wirtschaftskrise einseitig verantwortlich zu machen.

Der Zuwachs der Erwerbstätigen.

Schätzungsversuche des Statistischen Reichsamts.

Das Reichsstatistische Amt hat den Versuch unternommen, die Zahl der Arbeitnehmer, die zum letztenmal durch die Berufszählung im Sommer 1925 festgestellt worden ist, schätzungsweise zu berechnen. Der Zuwachs an Erwerbstätigen ist seit 1925 nach Aufschlüsselung des Reichsamts vollständig den Arbeitnehmerberufen zugeordnet. Die Gruppe der Selbständigen habe sich wohl seit 1925 in nennenswertem Maße nicht verändert. Die Hauptmasse der Selbständigen, Landwirte, Gewerbetreibende und Händler sei verhältnismäßig konstant. Veränderungen wären am ehesten im Handels- und Verkehrsgewerbe möglich. Die Zahl der öffentlichen Beamten dürfte sich ebenfalls nur unbedeutend verändert haben. Eine stärkere Aufnahmefähigkeit für mithelfende Familienangehörige in den landwirtschaftlichen und kleingewerblichen Betrieben wird verneint. Auf Grund dieser Voraussetzungen schätzt das Statistische Reichsamt die Zahl der hauptberuflichen Arbeitnehmer

	Männer	Frauen	Zusammen
Mitte 1925	13 365 000	6 195 000	19 560 000
Anfang 1926	13 529 000	6 284 000	19 813 000
„ 1927	13 857 000	6 437 000	20 294 000
„ 1928	14 137 000	6 548 000	20 685 000
„ 1929	14 392 000	6 589 000	20 981 000
„ 1930	14 540 000	6 564 000	21 104 000
„ 1931	14 609 000	6 470 000	21 079 000

Für eine Schätzung der Entwicklung der nebenberuflichen Erwerbstätigkeit fehlen alle Anhaltspunkte. Seht man die Zahl der nebenberuflichen Arbeitnehmer in der gleichen Höhe wie im Jahre 1925 an, so komme man, wie das Reichsamt ausführt, für Anfang 1930 auf rund 21 404 000 Arbeitnehmer und für Mitte des laufenden Jahres auf eine Zahl von etwa 21 392 000. Die Gesamtzahl der Arbeitnehmer hat sich also im Laufe der letzten fünf Jahre um etwa 1 532 000 Personen erhöht. Die deutsche Wirtschaft beschäftigt demnach heute, wenn man mit einem Gesamtbestand von knapp drei Millionen Arbeitslosen rechnet, etwa 1 1/4 Millionen Arbeitnehmer weniger als zur Zeit der Berufszählung im Sommer 1925, wo es nur eine verhältnismäßig geringe Zahl von Arbeitslosen gab (214 000 Hauptunterstützungsempfänger).

Zusammenfassend kann man sagen, daß der Arbeitnehmerzuwachs in den Jahren 1925 bis 1929 rund 1,5 Millionen betrug. Seit Mitte des vorigen Jahres ist das Anwachsen der Arbeitnehmerzahl von der Bevölkerungsseite her zum Stillstand gekommen, so daß man für die nächsten Jahre, in denen die aus der Kriegszeit stammenden Geburtsjahrgänge auf dem Arbeitsmarkt erscheinen, mit einer annähernd gleichbleibenden Zahl von rund 21 Millionen Arbeitnehmern rechnen kann.

der amerikanischen Petroleum- und Benzinpreise sowie des raschen Fallens der Lanthanfrachten (die Lanthanfrachten sind seit April von 42 M auf 28 M per Tonne gesunken) hat die Benzinrentenkonvention keine Revision der hochgetriebenen Preise vorgenommen. Statt dessen soll der Beimischungszwang von Spiritus — eine an sich von uns für falsch gehaltene Maßnahme — zu einer neuen erheblichen Erhöhung der Treibstoffpreise ausgenutzt werden. Die Regierung hat unbedingt die Pflicht, diese zu verhindern und darüber hinaus nachzuprüfen, inwieweit eine Senkung der Treibstoffpreise angesichts der verbilligten Einkaufskosten und Frachten durchführbar ist.

In der ebenfalls durchkartellierten Papiererzeugung

sind die Preise der meisten Papierarten nur ganz geringfügig ermäßigt worden. Die Spanne zwischen den deutschen und den Weltmarktpreisen ist noch enorm. Der Preis für Druckpapier ist überhaupt nicht ermäßigt worden. Diese Beispiele sind leicht zu vermehren.

Die Regierung hat schon viel zu lange dieser schädlichen Kartellpreispolitik zugehört. Sie hat die Pflicht, jetzt endlich energisch einzugreifen. Es kommt heute sehr darauf an, daß die Regierung rasch und merkbar die längst fälligen Konsequenzen zieht. Der Schlüssel zur allmählichen Überwindung der Krise liegt in einer zielbewussten staatlichen Wirtschaftspolitik, die auf eine Korrektur überhöhter Monopolpreise, Ausnutzung aller Möglichkeiten öffentlicher Arbeiten und Erhaltung der Woffenaufrüstung hinwirkt, nicht aber in einem allgemeinen Lohnabbau, wie ihn das Unternehmertum anstrebt, der nicht zur Überwindung der Krise beitragen kann, sondern zu einer Verschärfung der Krise führen muß.

Zementabsatz im Juni weiter gesunken.

Aber Zementpreise bleiben hoch.

Die bereits für Mai festgestellte ungünstige Entwicklung des Zementabsatzes hat im Juni eine erhebliche Verschärfung erfahren. Der Versand ging von den schon ganz unzulänglichen 636 000 Tonnen im Mai um nicht weniger als 133 000 Tonnen auf 503 000 Tonnen im Juni zurück; das bedeutet eine Abnahme um über 20 Proz. mitten im Baujahr. Im Vergleich zum Juni 1929, der einen Versand von 826 000 Tonnen aufwies, macht der Rückgang sogar über 35 Proz. aus.

Mit diesen Worten beklagt der Zementbund, die Dachorganisation der kartellierten Zementindustriellen, die schlechte Lage auf dem Baumarkt. Die Herren klagen. Warum werden nicht entschlossen die Zementpreise gesenkt? Es wird auch deshalb nicht gebaut, weil ja alles auf die unausbeleblichen Preisentlastungen wartet!

Auch Beimischungszwang für Bier!

Nachdem der Weizenvermahlungszwang, der Spiritus-Bezugszwang und der Fett-Bezugszwang greifbare Formen gewonnen haben, kommen die Regierungsparteien schon wieder mit einem neuen Plan der Zwangsbeimischung für die deutsche Wirtschaft heraus; diesmal sollen Bierkäufer und Brauereien dran glauben. Die Brauereindustrie soll nämlich zur Abnahme eines bestimmten Prozentsatzes von inländischer Gerste gezwungen werden. In Zusammenhang mit diesem Plan inoffiziell eine Herabsetzung des Anrechnungswertes der Gerste-Einfuhrschweine von 2 Mark auf 2 Mark ab 19. Juli. Sollte sie mit dem Zwangsgerstebezug schon zu tun haben?

Gemüsetrise in Moskau.

Seit einigen Tagen herrscht in Moskau eine scharfe Krise der Gemüseversorgung. Die Zufuhr von Gemüse nach Moskau ist minimal. Im ersten Ausdrittel wurde die Versorgung Moskaus mit Kartoffeln nur zu 12,5 Proz., mit Tomaten zu 3 Proz., mit Rüben nur zu 8 Proz., mit Mohrrüben nur zu 5 Proz., mit Kohl nur zu 12 Proz. des entsprechenden Vorratsschlages durchgeführt.

„Aufstieg des sozialistischen Bankwesens.“ Unter dieser Spitzmarke schreibt die schweizerindustrielle Zeitschrift „Rühr und Rhein“ folgendes: „Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G. ... hat einen erstaunlichen Aufschwung genommen.“ Aus ihrem Bericht „ergibt sich die Bedeutung, die die im sozialistischen Sinne arbeitenden Unternehmungen im Laufe der letzten Jahre gewinnen konnten. Um so höhere Beachtung ist ihnen zu schenken.“ — Wir nehmen diese Anerkennung sozialistischer Wirtschaftsarbeit gern zur Kenntnis.

Zehn Prozent Grobmühlendividende. Die Heftliche Kunstmühlen A.-G., Mannheim (Betriebe in Worms und Köln-Mülheim) verteilt für das Geschäftsjahr 1929/30 wieder 10 Proz. Dividende aus einem um 75 000 M. erhöhten Reingewinn (0,28 Mill. gegen 0,21 Mill. im Vorjahr). Dabei ist zu berücksichtigen, daß bereits das ganze Aktienkapital dividendenberechtigt ist, obwohl ein Teil, nämlich 1 Mill. M. von 2,6 Mill. M. Gesamtkapital, erst im Herbst vorigen Jahres eingezahlt wurde. Die tatsächliche Jahresdividende liegt also über 10 Proz. Die vorjährige Kapitalerhöhung diente in erster Linie der Fusion mit den Mühlenwerken S. Syberberg A.-G., Köln-Mülheim. Der Geschäftsbericht der Heftlichen Kunstmühlen A.-G. führt die Erhöhung des Reingewinns auf die zwischen den rheinischen Mühlen abgeschlossene Preiskonvention zurück; gefolgt wird über mangelnde Nachfrage nach Futtermehl und Kleie infolge von Roggenfütterung und Import.

Weitere Mühlenkonzentration. Schwierigkeiten der Grobmühlindustrie, die zum Teil durch die Betriebsübernahme verursacht sind, haben die Bremer Rolandmühle A.-G. Bremen und die Berke u. Deppen Hansamühle A.-G. Bremen zu enger Zusammenarbeit veranlaßt. Vorübergehend wird wegen Arbeitsmangel zunächst der Betrieb der Hansamühle stillgelegt werden müssen. Die Rolandmühle hat ein Kapital von 5,01 Millionen und verteilte für die Jahre 1924—1929 je 10 Proz. Dividende auf die Stammaktien; der zweite Partner schüttelte zuletzt 6 Proz. auf ein Kapital von 2,6 Millionen aus.

Gütertransporte über Sibirien nach Japan. Verhandlungen zwischen der Deutschen Reichsbahn, den baltischen, ostchinesischen, japanischen und russischen Bahnverwaltungen haben jetzt zur Öffnung des transsibirischen Schienenweges auch für den Güterverkehr geführt. In Zukunft können eilige Transporte nach Japan, Korea und der Mandchurie also mit der transsibirischen Eisenbahn über Wladiwostok oder Chorbis befördert werden. Die Beförderungszeit durch Rußland ist allerdings immer noch 22—30 Tage.

Die Kraftwerke Freistaat Sachsen A.-G. verteilt für 1929 wieder 7 Proz. Dividende aus einem etwas verringerten Reingewinn (0,26 gegen 0,27 Millionen im Vorjahr). Der im Bericht verzeichnete Rückgang der Verkehrsziffern wird von der Verwaltung mit der ungünstigen Witterung und dem allgemeinen Konjunkturrückgang begründet, der sich auf den Verkehr auswirkte.

Clara Viebig siebzig Jahre alt

Die Fürsprecherin der Armen und Elenden

Heute wird Clara Viebig 70 Jahre alt. Das bedeutet, daß sie im Zeitalter des Naturalismus groß geworden ist und zu schreiben begann. Das bedeutet aber auch, daß sie, da ihr Name auch jetzt Klang besitzt, zu den wenigen zählt, die eine Zeitspöche überstanden haben und heute noch in ihren Werken wirken, unverstaubt, unverblichen und gewissermaßen von der Zeit gelöst.

Worauf kommt es an, wenn ein Künstler seine Zeit, die in bestimmten engen, stilistischen Banden eingeschränkt ist, überdauert? Entscheidend bleibt immer dies: das Menschliche, die künstlerische Gestaltung überwiegt das Zeitgebundene. So mit Emilie Zola, so mit Clara Viebig, wenn auch, bezogen auf die künstlerische Gestaltung, die Subjektivität hinter dem großen französischen Romancier zurücktreten muß.

Der Naturalismus brachte nicht nur eine Annäherung an die natürliche Sprache, an die natürliche Lebenshaltung, sondern er eroberte auch den großen Bereich der vom Glück Entsetzten, der gesellschaftlich Defizienten, jener Kreaturen, die nirgends hingehören, die nicht einmal einen Platz im organisierten Proletariat finden. Clara Viebig wurde zum Kavalier dieser Unglücklichen.

Clara Viebig stammt aus dem Bürgertum, sie kannte den Osten und Westen Deutschlands, sie hat von dieser Kenntnis in ihren Werken Zeugnis abgelegt, und sie kannte das Leben jener entrechteten Schicht, die kaum den Mut fand, ihre Stimme zum Protest zu erheben.

Ist Clara Viebig eine soziale Schriftstellerin? Diese Frage ist problematisch, denn bestimmt steht die Dichterin nicht auf dem Standpunkt des Proletariats, sie erörtert die Fragen der Lebensgestaltung nicht von diesem Standpunkt aus, sie wird zu keiner bewußten Kritikerin des kapitalistischen Systems. Sie vergißt, daß die Wurzel alles Übels nicht in den einzelnen Personen und Institutionen liegt, sondern allein in dem System des Kapitalismus. Ist dies ein Vorwurf? Raum! Denn ein Zola, ein Gerhart Hauptmann, ein Johannes Schlaf und ein Arno Holz dringen auch nicht weiter, und aus der Lebens- und Kunstanschauung dieser Männer kommt die Siebzigerjahre.

Man darf bestimmte Zeitalter nicht vergessen. Man muß in Betracht ziehen, daß erst seit kurzer Zeit ein proletarisches Schrifttum zu den Quellen des Übels herabsteigt und die großen Hintergründe politischen, weltanschaulichen und wirtschaftlichen Charakters beleuchtet. Clara Viebig gehört zu den seltenen Erscheinungen, die den Boden dazu ebneten. Es ist nicht zu verkennen, daß eine gewisse sentimentale Einstellung, das echt frauenliche Mitleid mit dem Unglück der anderen den Ausschlag gibt. Aber dieses Mitleid, dieses Erkennen bestimmter sozialer Mängel bestimmt wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten bleibt auch für den Proletarier von entscheidender Bedeutung. Vielleicht ist die ganze Wirtschaftsmisere der letzten Jahrzehnte, die heute ihre schärfste Ausprägung erfährt, kaum jemals so ohnungslos und prägnant in deutscher Sprache gefaßt worden wie durch Clara Viebig. Rühmerte sich jemand in den Jahren um die Zeiten der Dienstmädchen, der unehelichen Mütter, der Handarbeiter, die unter der Krute ihrer Gutsherren kauften, so wie sie?

Mag hier der große gesellschaftliche Hintergrund fehlen, mag hier ein individuelles Schicksal aus dem sozialen Zusammenhang gerissen worden sein, so wird niemand verkennen, daß in diesen Romanen ein großes, menschliches Herz schlägt.

Der deutsche Naturalismus hat niemals seine letzte große Formulierung im Roman oder überhaupt in der epischen Kunst gefunden, und auch Clara Viebig bedeutet keine Erfüllung. Doch in diesen Werken spricht eine so stark empfindende Seele und gestaltet eine so weise Künstlerin, daß prinzipielle Dinge daran Wichtigkeit verlieren.

Clara Viebig gehört nicht zu den weit überragenden Romanciers, aber sie gehört zu den seltenen Menschen, die sich auch auf bürgerlicher Grundlage das Mitgefühl für die Armen und Entrechteten erhalten haben. Man muß die Zeit berücksichtigen, in der Werke wie „Die Polster“, „Das Weibermädchen“, „Das tägliche Brot“ und „Die Töchter der Helaba“, die übrigens im „Vorwärts“ erschienen, Neuheiten bedeuteten, um völlig des Verdienstes Clara Viebig um den deutschen sozialen Roman zu würdigen. Wir sind heute weiter fortgeschritten. Wir wissen, daß das organisierte Proletariat allein die sozialen Fragen lösen, daß private Wohltätigkeit nur einen peripheren Charakter tragen kann, aber die Welt entwickelt sich nur langsam, und in den neunziger Jahren und um die Jahrhundertwende war man noch nicht so weit.

F. Sch.

Von den Kirchtürmen läuteten die Glocken Sturm. Durch die Lüfte zog ein Geschrei. Es tobte durch Berlin. War das die Stadt, die eben noch eine Illumination geplant hatte für den Abend aus Freude über gewählte Gnaden? Waren das noch Berliner, die jetzt schrien: Zu den Waffen! Man mordet das Volk! Barricaden, Barricaden!

Die Kaiser-Franz-Grenadiere, die mit gefülltem Bajonett das Volk, das in die Schloßporale drängte, zu seinem König wollte, zurückgetrieben hatten und Trommelwirbel über den Platz, über die Kurfürstenbrücke — wie eine wehrlose Herde vor sich hergetrieben — hatten geschossen. Zwei Schiffe nur, und keiner hatte getroffen.

„Soldaten hatten geschossen auf ihre Brüder, die Bürger, geschossen! Militär zurück! Barricaden — sie haben geschossen!“

Ein wütendes Rachegeheul stieg zum Himmel auf. Wer achtete noch darauf, daß vom Schloßballon eine weiße Fahne geschwenkt wurde, daß einzelne Besonnenen sich durchdrängten, sich Gehör zu verschaffen suchten und sich weinend schrien: „Ein Mißverständnis, ein unglückliches Mißverständnis!“ Man hatte geschossen, aufs Volk geschossen!

„Dreihundert Jahre gedrückt wie 'n Bieh,
Runter mit den Hunden der Monarchie!
Blut soll fließen im deutschen Land
Für das deutsche Vaterland!“

Gellende Schreie, Gepolter, Gebrüll, prasselnder Hagel von Steinen, entsetztes Kreischen. Und Trommelwirbel, dumpfer Kolonentrill, Kommandorufe, Hülfengeschreie. Dazwischen die Stimmen der Glocken. Sturm! Sturm!

Heraus mit den Eisenperren aus der Stadtmauer, heraus mit den Schuldfangenen aus dem Ochsenkopf! Heute ist ein jeder willkommen, heißt: Mitbürger, Bruder! Sturm! Auf zum Sturm!

(Aus dem Berliner Zeitroman von Adolph Heine „Das Eisen im Feuer“.)

Es war ein kühler, milder Frühlingsabend. Unter den alten Bäumen der Potsdamer Straße duftete es. Tief im Baum regte sich ein Treiben, ein Schwelgen — es drängte zum Licht.

Als Riese dahinschritt, süßte sie in ihrem Schoß sich regen, eine treibernde Ursache, ein mahnendes Klopfen — es drängte zum Licht.

Sie dachte plötzlich an zu Hause. Einer Vision gleich sah sie durch die frühlingseuchten Äste hindurch, die Laternenchein flüchtig beglänzte, weit, weit die Heimatluft. Da lag die Erde jetzt ihren Schöß auf, da roch der Acker fröhlich nach Nahrung und Gedeihen. Junge Saat schöß auf, frühlinggrüne, hoffnungsfreudige Saat, und aller Blüde hingen daran mit Freuden.

Sie machte sich das Bild gar nicht klar, aber sie empfand es unbewußt, mit einem dumpfen Schmerz: ihre Saat würde niemand mit Freuden begrüßen.

(Aus dem Berliner Dienstbotenroman „Das tägliche Brot“.)

Die Ärzte hatten dem todkranken Kinde eine Injektion gemacht; die Herzschwäche war sehr groß und ließ das Schlimmste befürchten. Der Ausschlag war zurückgetreten; keine Spur von Rote war mehr auf dem Gesicht des Knaben, der die Augen beharrlich geschlossen hielt.

Käte lag auf den Knien. Jetzt suchte sie da oben, jetzt suchte sie den Gott, der ihr das Kind, das er ihr einst göttlich in den Weg gelegt hatte, nun wieder grausam entreißen wollte. Sie schrie auf in ihrem Herzen.

Alles was sie um sich hatte, was sie sonst noch besaß — auch ihr Mann —, war vergessen. Sie hatte jetzt nur dieses Kind. Dieses einzige Kind, das so lieb, so gut, so klug, so brav, so folgsam, so über alle Maßen liebenswert war, das ihr das Leben so hoch be-

Im Wald und auf der Heide...

Von Icha Icha

„Wenn Sie warten müssen, bis für Sie etwas kommt, dann werden Sie alt. Gehen Sie doch in die Landwirtschaft oder so. Da klappt es eher.“

Diese Worte sprach der Mann hinter dem Schalter des Arbeitsamtes. Kein Zweifel, er meinte es gut mit Fritz Kallenbach, der man schon fast ein Jahr zum Stempel kam.

„Was haben Sie denn da für Arbeit?“ fragte er.

„Gehen Sie nur hinterher zur Abteilung L, da wird es schon etwas für Sie geben.“

Kallenbach wanderte also auf die andere Seite des großen Gebäudes unter L und sprach mit dem Schalterbeamten.

„Ja — es wäre etwas da für Wald- und Forstarbeiter. Einige Stunden von hier werden noch Leute gesucht.“

„Dann schreiben Sie mir mal eine Karte aus. Ich gedenke los, Arbeit schändet nicht. Werdings, mit den Händen?“

Er zeigte sie dem L-Mann.

„Die sehen nun nicht gerade aus nach Forstarbeit.“

„Ich bin auch von Beruf Graveur, wo es auf ein hundertstel Millimeter ankommt. Das meine Geschäft ist mein Brot.“

„Und da wollen Sie so was machen? Na, Mut haben Sie, das muß ich sagen. Hier ist Ihre Karte.“

Darauf stand, daß er sich bei dem Forstmeister August Engel in Reussdorf zu melden hätte und daß nach Einstellung diese Karte zurückgeschickt werden müsse.

Schon am Nachmittag fuhr Kallenbach los, nachdem er sich einige Mark zum Leben in der ersten Zeit zusammengeharkt hatte. Mit geringem Mut und noch geringerem Gepäck trat er nach vor Abend in Reussdorf ein und fragte sich sofort nach Engel durch, der fast eine Stunde vom Ort entfernt in einer alten Bauernhütte wohnte, die zu einem Wohnhaus umgewandelt worden war.

August Engel machte auf den Ankömmling gerade keinen begeisterten Eindruck. Kurz und hölzern war seine Sprache, eifrig und unhöflich sein Benehmen.

„So — Graveur sind Sie? Damit werden Sie hier nichts anfangen können. Hier wird schwer geschuft.“

„Damit hab' ich gerechnet. Fürchten in ich mich nicht vor Arbeit.“

Engel murzte etwas, das konnte Zustimmung sein oder Kerger. Kallenbach kam nicht dahinter.

„Wo möchten Sie denn wohnen? Sie können hier bei den anderen sein. Wenn es Ihnen gefällt!“

Sie gingen hinüber in den Raum, wo die fünf Mitarbeiter hausten. O Gott, dachte Fritz, das ist so etwas was eine Wohnung? Was er sah, waren fünf Bettgestelle mit Holzlatten. Alles in argem Zustand. Einige Schmel, ein Tisch, wie ein Hackfließ... Sonst nichts als ein Lichtständer, dann Tassen, Zeller, Spiritusföcher usw.

„Ja — Besseres haben wir nicht“, meinte der Forstmeister. „Aber wenn Sie es auch kaum, wenn Sie heimkommen, fallen Sie ins Bett wie ein Sack.“

Hätte sich Fritz Kallenbach nicht vor sich und seinen Bekannten geschämt, hätte er sofort wieder lehrte gemacht. So blieb er mit dem stillen Betreiben, so bald wie möglich eine andere Schlafstelle zu suchen, wenn es ihm gelingt. Er war eingestellt, packte seine paar Sachen aus, setzte sich auf das ihm gehörende bettlähnliche Gestell und döste vor sich hin. Einige Zeit später kamen seine Kollegen aus dem Wald. Die Begrüßung war einfach. Gesprochen wurde wenig, insofern wie sie im hiesigen, ihr Geschick liehen, keine Tasse mit laudem machten, den Kaffee teilten, ihn als ihr großes Kind betrachteten, das war herzlich, in der Art, wie es geschah, sein.

Die Männer schliefen alle hier schon in wenigen Minuten nach dem Essen fest ein, während Fritz noch lange munter blieb, der Mond leuchtete ihm als einziger Gesellschaft. Auch eine große Rauhe ließ sich einmal sehen, aber nur kurze Zeit, dann war es ihr anscheinend zu langweilig. Sie sprang wieder zum Fenster hinaus, von wo sie gekommen war.

Am anderen Morgen gleich nach sechs Uhr ging es los. Es wurde Kaffee gekocht, ungeheure Schnittten Brot zurechtgemacht, Krüge mit braunem Getränk gefüllt, dann ging es zum Tor hinaus. Beim Forstmeister sah man noch nichts, das Haus lag noch in stiller Zurückgezogenheit da.

Heute morgen waren die Männer gesprächiger. Der Schlaf hatte sie etwas „aufgelockert“. Sie erzählten von der Arbeit. Viel Gutes hörte Fritz nicht, wenn sie es auch nicht in der Absicht erzählten, ihn glücklich zu machen.

Nach etwa dreizehn Stunden sah Kallenbach die ersten gefallenen Stämme. Sie verdrängten sich immer mehr, schließlich sah er Stamm an Stamm liegen.

Verstärktes Werkzeug wurde herangezogen, dann alles schuhwerk, denn der Boden war kumpfig. In seinen für die Stadt berechneten Schuhen hätte Fritz nicht eine Stunde arbeiten können. Aber die anderen halfen ihm aus. Das war so etwas wie eine stille Verbredung, ihm über die ersten Schwierigkeiten hinwegzuhelfen.

glück, so reich gemacht hatte, daß sie arm, bettelarm wurde, wenn es von ihr ging. Jetzt wußte sie nichts mehr von Tränen, die sie einstmalen vergossen.

Seinen erkrankten Körper nahm sie in ihre Arme, bettete ihn in Verzweiflung an ihre Brust und hauchte ihren glühendem Atem über ihn hin. In ihre Wärme wollte sie ausströmen lassen in ihm, mit der Kraft ihres Willens ihn festhalten auf dieser Erde.

(Aus dem Entlohnungsroman „Eine Mutter Sohn“.)

Das Kräfte drohten zu erlahmen. Verzweifelte Hilferufe stieg sie aus, die weithin über das in der Dämmerung liegende stille Tempelhofer Feld krieschten.

„Biste stille!“ Der Burtsche wollte ihr den Mund zuhalten. „Schmeiß se in Puht rin“, jagte roh lachend der andere, der sich an ihren Begleiter herangemacht hatte. „Denn wird se 'n Nord halten!“

„Hilfe! Hilfe!“

„Kann?“ Hinter der Sandwehe richtete sich plötzlich jemand auf. Es war der Kirbörger. Der hatte hier schon die ganze Nacht gelegen und das überfallene Bärchen belauscht, das so verliert war, daß es gar nicht bemerkt hatte, wie Schildenauß und Klamottenede vom waldigen Teil der Heide her übers Feld herange-schleudert waren. „Kimm dir in acht, Schildenauß! De Bissen halten sonst Kazzia. Man hat so schonst kaum seine Kleide mehr hier. Daß ihr lausen; Klamottenede nimmt sich sonst allens. Hätte jesehen, den Brillantenring? So was bringt dir die Schicksel nich!“

Sie stürzten sich jetzt beide wie die Wölfe über den am Boden liegenden, belaubten Begleiter des Mädchens. Kaum hatte Ida den Griff des Burtschen sich lockern gefühlt, so schrie sie nicht mehr. Lautlos jagte sie davon. Welche hinter ihr geschienen, was da wollte.

(Aus dem Berliner Romanroman „Die vier von Lese“.)

Kallenbach war sehr unglücklich. Er hatte es sich sehr viel anders vorgestellt. Das sah nicht sehr ermutigend aus. Ab zu langen Gedanken ließ man ihm nicht viel Zeit. Es mußte zuguckt werden.

Es standen hier alle Inarrige Eichen, die zu fällen waren. Das ganze Stück sollte neu aufgerodet werden. Die Gemeinde brachte jedenfalls auch das Geld.

Da gab es mit jedem einzelnen Baum einen zähen, ermüdenden Kampf. Fritz dünnte es, als ob die Bäume ganz unerschütterlich und knollig waren. Wie hatte er sich, wenn er sonst in den Wo gegangen war, über die schönen Stämme gefreut, jetzt zeigte sich von der trügigen Seite. Wenn es soweit war, daß sie zwei oder drei von den langen Burtschen zu Fall gebracht hatten, dann begar der Kampf, sie so zu lagern, daß sie abtransportiert werden konnten; es begann der Krieg mit den Burtschen, die mit Eichen und Säg gerümmert wurden. „Die Klein ist der Mensch gegen die Natur, was ist so eine tierische Säge gegen den Wald von Bäumen“, achte Kallenbach.

Nach wenigen Stunden waren seine Hände zerfetzt, gerußt, zerfunden. Was er angriff, tat ihm weh, Klaffen an allen den. Dazu gemühten ihn die Arbeit.

Er hatte sich so überhaupt keinen Begriff von der Schwere dieser Tätigkeit gemacht. Dieser Himmel, wenn er sonst seinen Forstarbeiter gesehen hatte, dann war der Reid gegen den kann in seine Seele getrieben. Der stand den ganzen Tag im Wa, er in der Werkstatt irgendeines Hirverhofes. Aber Stück für Stück fiel das Leidgefühl von ihm ab.

Zu der rein körperlichen Erschöpfung kam noch die Qu mit dem Ungeziefer, das seinen Schweiß als frugale Delikatess an-scheinend schon von weitem roch. Ganze Schwärme der Stacheln und alles mögliche andere Viehzeug hielt sich bei ihm auf.

Sein Anteil am Trinken war bald verschwunden, das schte nur so den Hals blumert.

Mittags war er völlig fertig. Sein Körper ausgeleert. Die farge Kost während der langen Arbeitslosigkeit hatte ihm hieso schon viel Widerstandskraft genommen. Er konnte nur trinken, chis essen, bis es wieder losging, da hätte Fritz am liebsten geint wie ein kleines Kind. Doch ließ er auch den langen Nachtag noch an sich vorüberziehen. Nur nicht davonlaufen, wor leintich-wort, mit dem er sich immer neuen Mut zufüllerte.

Er bewunderte seine Kollegen, die wie ein Uhrwerk ihre beit verrichteten. Das war Kraft, das schien ihm bewundernert. Trotzdem: Als der erste Tag zu Ende ging und der Abend-lam auf sie zukaft, da hatte Kallenbach ausgeleert. Mehr würde er noch einen solchen Tag hinter sich bringen, sagte sich. Der Rückweg war ihm ein Martyrium, jedes Knöchelchen spürte er, seine Hände waren zerfetzt und roh wie Hackfleisch. Gratie Mitleid mit ihnen, die bisher so große Arbeit nicht gekannt ten.

In diesem Abend schien ihm der Mond nicht; diese eben Bettläster empfand er direkt als Paradiesöfeten. Sehen unhin-einfallen vor eins.

Am anderen Morgen spürte er seine Knochen überhaupt nicht mehr.

„Ja — das ist etwas anderes als gravieren“, meinte er der Schlafgenossen. „Aber reiß dich zusammen, es wird schon hen. Reiß dich zusammen, ehe der Alte kommt.“

Und er rief sich in die Höhe. Wie ein alter Mann kam sich in den ersten Stunden vor. Aber dann richtete er sich doding-lam ein.

Immer weitere Lüge, ja Raden hielt er es aus, trotz lbe-scheidenen Lohnes, den er immer Sonnabends in die Hand fließ bekam.

Heute ist Kallenbach ständiger Waldarbeiter geworden. Er wohnt nicht mehr im Leutchenhaus, sondern in einem bescheidenen Zimmer bei einem Ehepaar. Jede Aussicht, in seinem Berufs-zulommen, ist verloren.

Vom Graswuchs im Obstgarten. Um festzustellen, ob sich Graswuchs im Obstgarten die Bodentemperatur beeinflusst den kann, wurden vor einiger Zeit Versuche vorgenommen, den Nachweis erbracht, daß in grasbedecktem Boden immer einet niedrigeren und höheren Temperatur herrscht als im Braden. Auch in der für die Wurzelbildung der Obstbäume hauptsächlich in Betracht kommenden Tiefe von etwa 30 bis 50 Zentimeter es unter dem Graswuchs immer wesentlich wärmer als unter un-bewachsenen Erdoberfläche. Das Wurzelwachstum der Bäume soln-solobeden im Frühling viel zeitiger beginnen und auch viel jet in den Herbst hinein dauern, so daß der Obstbaum, der auf isoboden steht, demnach zweifellos besser gedeiht als der Baume Graswuchs.

Es sind zu allen geschichtlichen Zeiten als Nahrungsmittel-mittel worden. Außer Eiern von Sand- und Seevögeln hat man auch Eier von Schildkröten, Krokodilen und anderen Kriechtieren vert-

